

Holzner, Mario; Vidovic, Hermine

Research Report

Wirtschaftliche Perspektiven für Kroatien

wiiw Forschungsbericht, No. 9

Provided in Cooperation with:

The Vienna Institute for International Economic Studies (wiiw) - Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

Suggested Citation: Holzner, Mario; Vidovic, Hermine (2018) : Wirtschaftliche Perspektiven für Kroatien, wiiw Forschungsbericht, No. 9, The Vienna Institute for International Economic Studies (wiiw), Vienna

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/204238>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftliche Perspektiven für Kroatien

Eine Analyse der kroatischen Wirtschaft
und abgeleitete Politikempfehlungen
auf nationaler und EU-Ebene

Mario Holzner und Hermine Vidovic

**FB**

Wirtschaftliche Perspektiven für Kroatien

Eine Analyse der kroatischen Wirtschaft und abgeleitete Politikempfehlungen auf nationaler und EU-Ebene

MARIO HOLZNER
HERMINE VIDOVIC

Mario Holzner ist Stellvertretender Direktor des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw). Hermine Vidovic ist Ökonomin am wiiw.

Die Studie wurde im Auftrag der Arbeiterkammer Wien erstellt.

Übersicht

Ziel der Studie ist die Ausarbeitung von Politikempfehlungen, die dabei helfen sollen, die kroatische Wirtschaft positiv zu stimulieren und der Bevölkerung im Land eine langfristige Perspektive zu geben. Dabei soll insbesondere analysiert werden, welchen Beitrag Österreich und die EU zur Abfederung etwaiger Effekte auf den kroatischen und österreichischen Arbeitsmarkt leisten können, die bei Auslaufen der Übergangsregelungen für die Beschäftigung von kroatischen Arbeitskräften in Österreich, die bis längstens 30.06.2020 in Anspruch genommen werden können, zu erwarten sind.

Schlüsselwörter: Kroatien, Arbeitsmarkt, Wirtschaftsentwicklung, Industrialisierung, Tourismus

JEL-Klassifikation: E24, O11, O14, Z32

INHALT

1.	Kroatiens Wirtschaft und Arbeitsmarkt im Überblick	1
2.	Entwicklung der Löhne und das Lohnverhandlungssystem in Kroatien.....	11
3.	Fiskalpolitischer Spielraum und EU-Haushaltsvorgaben	14
4.	Kurz-, mittel- und langfristige kroatische Wirtschaftsprognose	16
5.	Österreichs wirtschaftliche Beziehungen mit Kroatien.....	18
6.	Schwächen der kroatischen Wirtschaft und nationale wirtschaftspolitische Maßnahmen für mehr Wachstum.....	20
7.	Wirtschaftspolitische Maßnahmen im EU-Kontext	25
8.	Exkurs: Kroatische StaatsbürgerInnen in Bosnien und Herzegowina	28
9.	Zusammenfassung und Einschätzung möglicher österreichischer Beiträge	29
	Literaturhinweise	32

TABELLEN UND ABBILDUNGEN

Tabelle 1 / Kroatien: Ausgewählte Wirtschaftskennzahlen	2
Tabelle 2 / Kroatien: Ausgewählte Arbeitsmarktindikatoren, 2007-2016, in %	4
Tabelle 3 / Kollektivvertragliche Deckungsrate in ausgewählten EU-Ländern.....	12
Tabelle 4 / Österreichischer Außenhandel mit Kroatien.....	18
Abbildung 1 / BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten, 2016.....	1
Abbildung 2 / Wachstum von realem BIP und Beschäftigung, in %.....	3
Abbildung 3 / Jugendarbeitslosenquoten in ausgewählten Ländern (15-24 Jahre), Jahresdurchschnitt in %.....	5
Abbildung 4 / Altersstruktur von StaatsbürgerInnen ausgewählter MOEL in Österreich, 2017.....	7
Abbildung 5 / Unselbständig beschäftigte kroatische StaatsbürgerInnen in Österreich und Deutschland	8
Abbildung 6 / Unselbständig beschäftigte kroatische StaatsbürgerInnen in Österreich und Deutschland nach Branchen, Anteile in %.....	9
Abbildung 7 / Lohn- und Produktivitätswachstum in Relation zu Österreich, 2007-2016.....	11
Abbildung 8 / Handel zwischen Österreich und Kroatien nach Warengruppen, 2016	19
Abbildung 9 / Reale Industrieproduktion in Kroatien, 1990 = 100	20
Abbildung 10 / Regionales BIP pro Kopf in EUR zu KKP, 2014	22
Box 1 / Agrokör	16
Box 2 / Politische Situation.....	17

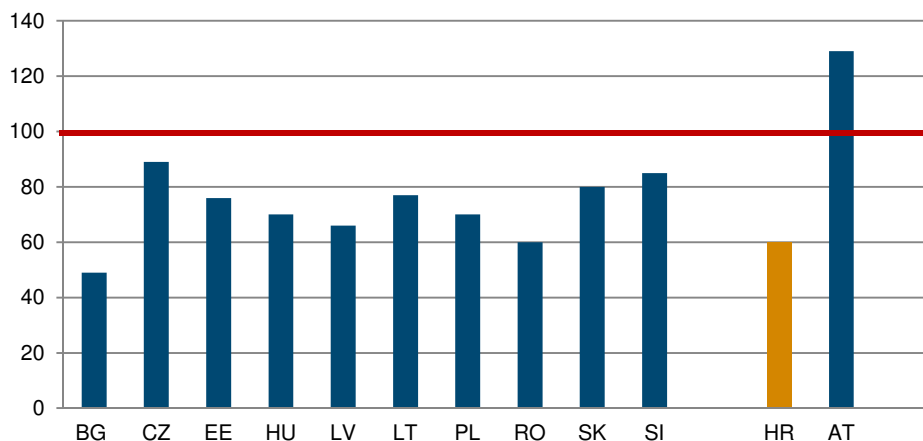
1. Kroatiens Wirtschaft und Arbeitsmarkt im Überblick

Wirtschaftliche Entwicklung

Kroatien hat 4,2 Millionen Einwohner und eine Wirtschaftsleistung von rund 46 Milliarden EUR (2016). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf betrug daher im Jahr 2016 rund 10.800 EUR zum offiziellen Wechselkurs, umgerechnet in Kaufkraftparitäten 17.400 EUR. Dies entspricht ungefähr 46% des österreichischen BIP pro Kopf oder 60% des EU-28-Durchschnitts (Abbildung 1). Demnach ist Kroatien vergleichbar mit Rumänien, aber wesentlich höher entwickelt als Bulgarien (49%).

Abbildung 1 / BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten, 2016

EU-28 = 100



Anmerkung: BG – Bulgarien, CZ – Tschechische Republik, EE – Estland, HU – Ungarn, LV – Lettland, LT – Litauen, PL – Polen, RO – Rumänien, SK – Slowakei, SI – Slowenien, HR – Kroatien, AT – Österreich.

Quelle: wiiw-Jahresdatenbank.

Im Gegensatz zu den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL), die sich von der globalen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise nach kurzer Zeit erholten, war die kroatische Wirtschaft durch eine tiefe, über sechs Jahre anhaltende Rezession gekennzeichnet. Zwischen 2009 und 2014 fiel das BIP um fast 13% und die Investitionen um rund ein Drittel. Letzteres betraf vor allem die Bauwirtschaft, die in diesem Zeitraum um mehr als die Hälfte schrumpfte; aber auch die verarbeitende Industrie sowie Handel und Transport waren stark von der Krise betroffen.

Hauptursache für den starken wirtschaftlichen Einbruch war die Überbewertung des realen Wechselkurses und die damit verbundenen Leistungsbilanzdefizite sowie die dadurch angehäuften Schulden sowohl im Unternehmens- als auch im Haushaltssektor in der Vorkrisenperiode. Zudem musste der Staat im Zuge der Krise Schulden und Zahlungsrückstände großer staatlicher Unternehmen (Schiffswerften, Croatia Airlines etc.) übernehmen. Aufgrund der starken Auslandsverschuldung bei

gleichzeitiger massiver Euroisierung der gesamten Wirtschaft war eine nominelle Wechselkursabwertung keine wirtschaftspolitische Option, und der fixe Wechselkurs zum Euro wurde größtenteils weitergeführt. Eine reale Abwertung inklusive Lohn- und Konsumzurückhaltung führte zu einer schmerzhaften Korrektur der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Erst ab 2015 setzte eine Erholungsphase ein, wobei die BIP-Wachstumsraten angesichts des vorangegangenen Rückgangs eher bescheiden ausfielen (2015: 1,6%; 2016: 2,9%), siehe Tabelle 1. Darüber hinaus hat das starre EU-Fiskalregelwerk den fiskalischen Spielraum zur Konjunkturstützung zusätzlich reduziert und damit die Erholung weiter verlangsamt.

Tabelle 1 / Kroatien: Ausgewählte Wirtschaftskennzahlen

	2005	2008	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
										Prognose		
Bevölkerung, 1000 Personen, Jahresdurchschnitt	4.312	4.311	4.296	4.283	4.269	4.254	4.236	4.208	4.175	4.175	4.175	4.175
Bruttoinlandsprodukt, BIP												
Mio. EUR (nominal)	36.508	48.130	45.004	44.709	43.934	43.487	42.978	44.068	45.819	47.670	49.840	52.150
Veränderung gegen das Vorjahr in % (real)	4,2	2,1	-1,7	-0,3	-2,2	-1,1	-0,5	2,2	3,0	2,7	2,9	3,0
Anteil der Landwirtschaft am BIP, in %	4,2	4,2	4,2	4,0	3,8	3,7	3,5	3,5	3,4	,	,	,
Anteil der Industrie (inkl. Bauwirtschaft) am BIP, in %	24,6	23,8	23,1	23,2	23,0	22,4	22,5	22,3	22,2	,	,	,
Anteil der Dienstleistungen am BIP, in %	55,8	57,3	58,2	58,7	58,1	58,2	58,5	58,2	58,1	,	,	,
Beschäftigte (AKE), 1000 Personen	1.573	1.636	1.541	1.493	1.566	1.524	1.566	1.585	1.590	1.610	1.630	1.650
Arbeitslosigkeit (AKE), in %, Jahresdurchschnitt	12,7	8,4	11,8	13,5	16,0	17,3	17,3	16,2	13,1	13,0	12,5	12,0
Arbeitslosigkeit (registriert), in %	17,8	13,7	18,6	18,6	20,9	21,5	19,4	17,6	14,7	,	,	,
Bruttomonatslöhne												
in EUR ¹⁾	844	1.044	1.053	1.048	1.047	1.048	1.042	1.058	1.029	1.060	1.100	1.140
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real	1,1	0,9	-1,5	-0,8	-2,3	-1,4	0,4	1,8	3,0	2,0	2,0	2,0
Verbraucherpreise (HICP)												
Veränderung gegen das Vorjahr in %	3,0	5,8	1,1	2,2	3,4	2,3	0,2	-0,3	-0,6	1,3	1,6	1,6
Gesamtstaatliches Defizit, in % des BIP	-3,6	-2,7	-6,3	-7,7	-5,0	-5,9	-5,7	-3,3	-1,0	-2,0	-1,8	-1,7
Staatsverschuldung, in % des BIP	41,3	39,6	58,3	65,2	70,7	82,2	86,6	86,3	83,7	82,5	81,0	80,0
Leistungsbilanz, in % des BIP	-5,2	-8,8	-1,1	-0,7	0,0	1,0	2,1	4,8	2,6	2,3	2,3	2,0
Auslandsverschuldung, in % des BIP	71,2	82,6	104,2	103,8	103,1	105,3	108,0	103,0	90,9	94,0	92,0	90,0

Anmerkung: AKE = Arbeitskräfteerhebung. – 1) Neue Datenquelle für 2016, nicht vergleichbar mit den Vorjahren.

Quelle: wiiv-Jahresdatenbank, Eurostat.

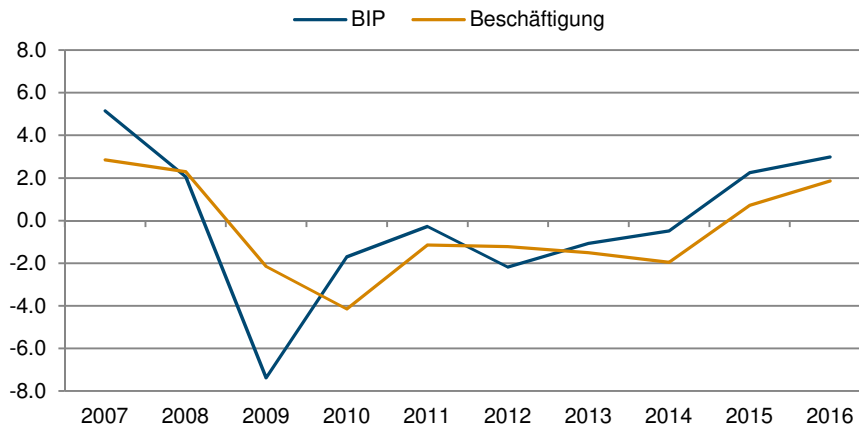
Arbeitsmarkt

Die langanhaltende Rezession hatte gravierende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Je nach verwendeter Quelle fiel die Zahl der Beschäftigten in der Krise unterschiedlich stark: während laut Arbeitskräfteerhebung der Beschäftigungsrückgang 111.000 Personen ausmachte, waren es den Angaben des kroatischen Pensionsversicherungsinstitutes zufolge 186.000, die ihren Job in dieser Zeit verloren.¹ Im Laufe der Rezession fiel die Beschäftigung mit Ausnahme des Jahres 2009 stärker als das BIP und hinkte in der seit 2015 einsetzenden Erholungsphase dem BIP-Wachstum hinterher (Abbildung 2). Dieser Trend dürfte sich nach ersten Ergebnissen auch im Jahr 2017 fortgesetzt haben,

¹ Die beiden Quellen unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich der Erfassungsmethode, sondern auch hinsichtlich der Zeitspanne der rückläufigen Beschäftigung. Arbeitskräfteerhebung: 2008-2013; Pensionsversicherungsinstitut: 2008-2014. In Kroatien wird seit Jahren über die Zuverlässigkeit der Arbeitsmarktdaten diskutiert, wobei ein wichtiger Faktor für die Unterschiede die Beschäftigung im informellen Sektor sein dürfte, die in den AKE-Daten, nicht aber in den PV-Daten ihren Niederschlag findet. Einrichtungen, wie die Kroatische Nationalbank oder auch das Ökonomische Institut (EIZ) tendieren in ihren Analysen eher zu den Pensionsversicherungsdaten.

was bedeutet, dass das Wirtschaftswachstum eher durch Produktivitätsgewinne als durch steigende Beschäftigung generiert wird.

Abbildung 2 / Wachstum von realem BIP und Beschäftigung, in %



Quelle: wiiw-Jahresdatenbank und Pensionsversicherungsinstitut.

Nachdem die Arbeitslosigkeit in Kroatien bis 2008 (8,4%) kontinuierlich gesunken war, nahm sie in der Folge der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise dramatisch zu und erreichte im Jahr 2013 mit einer Rekordhöhe von 17,3% eine der höchsten Arbeitslosenquoten in der EU. Trotz des darauffolgenden Rückgangs war sie mit 14,1% im ersten Quartal 2017 im europäischen Vergleich noch immer hoch. Nach Informationen der kroatischen Arbeitsmarktverwaltung betrug die registrierte Arbeitslosenquote im Mai 2017 11,7% – dies ist der niedrigste Wert seit Beginn der Aufzeichnungen Anfang der 1990er-Jahre. Das rasche Sinken der Arbeitslosigkeit erklärt sich weniger durch steigendes Wirtschaftswachstum und zunehmende Beschäftigung, sondern vielmehr durch das demographisch bedingte Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung und vor allem aber durch die anhaltende Abwanderung von Arbeitskräften in das Ausland.

Kroatien ist wie die meisten EU-Länder mit dem Problem einer zunehmend alternden Bevölkerung konfrontiert. Der Anteil der Bevölkerungsgruppe der über 65-Jährigen beträgt 18,8% und ist vergleichbar mit dem EU-Durchschnitt. In Österreich liegt der Anteil dieser Altersgruppe mit 18,5% nur geringfügig darunter. Infolge des ungünstigen Verhältnisses von Beschäftigten zu Pensionisten gerät daher auch das soziale Sicherungssystem zunehmend unter Druck.

Der kroatische Arbeitsmarkt ist durch niedrige Beschäftigung und geringe Erwerbsbeteiligung gekennzeichnet. Im Jahr 2016 betrug die Beschäftigungsquote 56,9%, dies ist nach Griechenland der niedrigste Wert verglichen mit der EU-28 (66,6%) oder Österreich (71,5%).²

² Wenn nicht anders angegeben, basieren alle hier angeführten Angaben über den Arbeitsmarkt auf Arbeitskräfteerhebungen (AKE) – Labour-Force-Konzept.

Tabelle 2 / Kroatien: Ausgewählte Arbeitsmarktindikatoren, 2007-2016, in %

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Arbeitslosenquote										
Insgesamt	10,1	8,7	9,4	11,9	14,0	16,3	17,5	17,5	16,4	13,3
Männer	8,9	7,2	8,1	11,3	13,9	16,2	18,0	16,6	15,8	12,7
Frauen	11,6	10,6	11,0	12,6	14,0	16,3	17,0	18,4	17,1	13,9
Jugendliche (15-24)	25,2	23,7	25,2	32,4	36,7	42,1	50,0	45,5	42,3	31,3
Ausbildungsstufe: primär	13,7	10,9	11,0	14,0	18,7	19,9	22,7	26,5	22,5	18,1
Ausbildungsstufe: sekundär	10,2	9,2	10,0	12,4	14,3	17,4	18,7	18,8	18,1	14,7
Ausbildungsstufe: tertiär	6,5	5,1	6,3	8,4	9,3	10,8	11,4	9,6	9,4	7,9
Beschäftigungsquote										
Insgesamt	59,0	60,0	59,4	57,4	55,2	53,5	52,5	54,6	56,0	56,9
Männer	66,5	67,3	65,2	62,7	60,9	58,5	56,5	59,1	60,3	61,4
Frauen	51,6	52,7	53,7	52,1	49,5	48,5	48,5	50,0	51,6	52,4
Jugendliche (15-24)	27,4	28,0	27,1	24,2	20,6	17,4	14,9	18,3	19,1	25,6
Ausbildungsstufe: primär	35,3	36,5	36,8	35,2	32,7	29,5	27,5	26,7	28,0	27,4
Ausbildungsstufe: sekundär	64,4	64,9	63,5	60,9	58,9	56,7	55,5	57,0	58,0	59,5
Ausbildungsstufe: tertiär	82,2	83,1	82,2	80,2	77,4	76,5	75,7	78,4	78,7	79,7
Erwerbsquote										
Insgesamt	65,7	65,8	65,6	65,1	64,1	63,9	63,7	66,1	66,9	65,6
Männer	73,0	72,5	71,0	70,6	70,7	69,8	68,9	70,9	71,6	70,3
Frauen	58,4	59,0	60,3	59,6	57,6	58,0	58,5	61,3	62,3	60,9
Jugendliche (15-24)	36,6	36,6	36,3	35,9	32,5	30,1	29,9	33,6	33,2	37,2
Ausbildungsstufe: primär	40,9	40,9	41,3	40,9	40,2	36,8	35,6	36,3	36,2	33,4
Ausbildungsstufe: sekundär	71,7	71,5	70,6	69,6	68,7	68,7	68,3	70,1	70,9	69,7
Ausbildungsstufe: tertiär	87,9	87,6	87,7	87,6	85,3	85,8	85,5	86,7	86,8	86,5
Nichterwerbsquote										
Insgesamt	34,3	34,2	34,4	34,9	35,9	36,1	36,3	33,9	33,1	34,4
Männer	27,0	27,5	29,0	29,4	29,3	30,2	31,1	29,1	28,4	29,7
Frauen	41,6	41,0	39,7	40,4	42,4	42,0	41,5	38,7	37,7	39,1
Jugendliche (15-24)	63,4	63,4	63,7	64,1	67,5	69,9	70,1	66,4	66,8	62,8
Ausbildungsstufe: primär	59,1	59,1	58,7	59,1	59,8	63,2	64,4	63,7	63,8	66,6
Ausbildungsstufe: sekundär	28,3	28,5	29,4	30,4	31,3	31,3	31,7	29,9	29,1	30,3
Ausbildungsstufe: tertiär	12,1	12,4	12,3	12,4	14,7	14,2	14,5	13,3	13,2	13,5

Quelle: Eurostat.

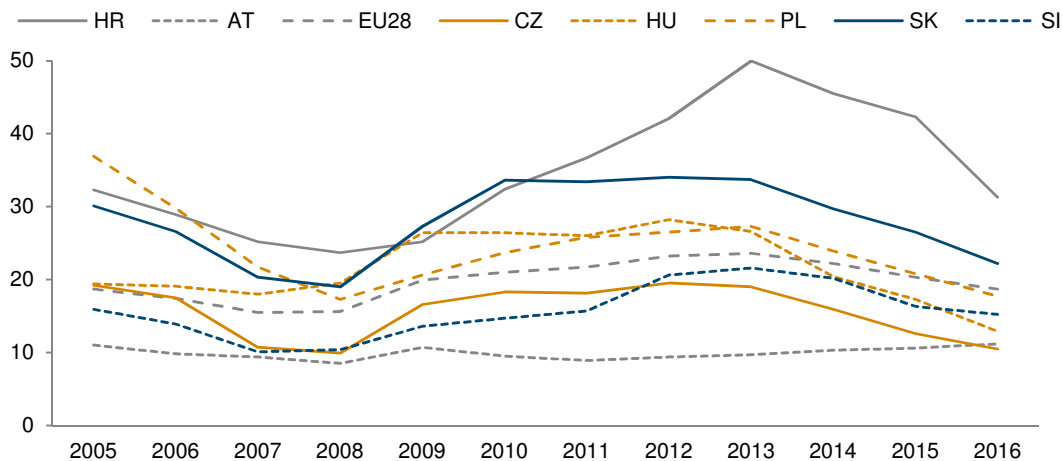
In Kroatien ist die Erwerbs- ebenso wie die Beschäftigungsquote deutlich niedriger (um 7 Prozentpunkte) als im EU-Durchschnitt; zu diesem Ergebnis tragen Männer und Frauen sowie die jeweiligen Altersgruppen gleichermaßen bei. Die Höhe der Erwerbsquote ist eng mit dem Ausbildungsgrad verknüpft, allerdings liegt sie in allen Ausbildungssegmenten unter dem EU-Durchschnitt. Die Unterschiede sind bei Personen mit primärer Ausbildung besonders ausgeprägt: in diesem Segment beträgt die Erwerbsquote in Kroatien rund 33%, das sind 20 Prozentpunkte weniger als in der EU-28 oder in Österreich. Allerdings ist die geringere Erwerbsbeteiligung für Personen mit niedriger Ausbildung auch in anderen MOEL zu beobachten; im Vergleich mit dieser Ländergruppe weist Kroatien sogar wesentlich höhere Erwerbsquoten von primär Ausgebildeten auf als beispielsweise Tschechien, die Slowakei, Polen und Litauen. Auch bei Personen mit mittlerem Ausbildungsgrad liegt

die Erwerbsquote in Kroatien 6 bzw. knapp 9 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt (76%) bzw. jenem Österreichs (78%).

Kroatien verzeichnet unter den EU-Ländern neben Rumänien und Italien den höchsten Anteil (34%) an inaktiver Bevölkerung (15-64 Jahre), wobei Frauen (40%) seltener erwerbstätig sind als Männer (29%). In der Gruppe der 50-64-Jährigen ist die (Früh-)Pensionierung das wichtigste Motiv für die Erwerbsinaktivität. Für Frauen spielt die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Erwachsenen eine bedeutende Rolle für die verminderte Erwerbstätigkeit, ebenso der Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen, der sich je nach Region sehr unterschiedlich darstellt (Europäische Kommission, 2017).

Jugendliche sind von Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise stieg die Arbeitslosenquote von Jugendlichen bis zum Jahr 2013 auf 50%, womit Kroatien unter den MOEL die höchste Jugendarbeitslosigkeit aufwies (Abbildung 3); im EU-Vergleich waren lediglich Spanien und Griechenland noch stärker betroffen. Trotz des darauffolgenden Rückgangs betrug die Arbeitslosenquote Jugendlicher im ersten Quartal 2017 immer noch 34,4% und nimmt EU-weit hinter Griechenland, Spanien und Italien Platz vier ein. Junge Frauen sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Eine differenzierte Betrachtung nach Bildungsabschluss zeigt, dass Jugendliche mit Sekundärausbildung die vergleichsweise geringste Arbeitslosigkeit verzeichnen, während primär und tertiär Ausgebildete weit überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten aufweisen.

Abbildung 3 / Jugendarbeitslosenquoten in ausgewählten Ländern (15-24 Jahre), Jahresdurchschnitt in %



Quelle: Eurostat.

Was die Beschäftigung von Jugendlichen in Kroatien generell betrifft, so gibt es eine Reihe von Ähnlichkeiten mit den anderen EU-Ländern: Jugendliche finden oft nur eine Teilzeitbeschäftigung bzw. haben im Gegensatz zu Älteren wesentlich häufiger zeitlich befristete Arbeitsverträge. Allerdings finden Jugendliche rascher einen (meist befristeten) Job als ältere Personen (Corbanese, 2011).

Trotz der hohen Arbeitslosigkeit wird über einen Mangel an Arbeitskräften/Fachkräften geklagt – vor allem im Tourismus, in der sich erholenden Bauwirtschaft und im Schiffbau. Unternehmervetreter

fordern deshalb die Erhöhung von Quoten für Arbeitskräfte aus dem Ausland, während die Gewerkschaften höhere Löhne fordern, um die vorhandenen kroatischen Arbeitskräfte davon abzuhalten, ins Ausland abzuwandern.³ In Kroatien wuchsen die Nominallöhne zwar auch in den Krisenjahren, real wurde in den Jahren 2009-2013 jedoch ein Rückgang von 6% verzeichnet (mehr zu Löhnen in Kapitel 3 unten).

Exkurs: Migration

(Arbeits-)Migration spielt für Kroatien traditionell eine große Rolle und reicht bis in die 1960er-Jahre zurück, als insbesondere Deutschland und Österreich Gastarbeiter aus dem damaligen Jugoslawien rekrutierten. Zu Beginn der 1990er-Jahre waren es Flüchtlinge, die im Zuge der kriegerischen Auseinandersetzungen das Land verließen. Dennoch wurde in den 1990er- und im Großteil der 2000er-Jahre eine Nettoimmigration verzeichnet, in dem Sinne, dass mehr Personen nach Kroatien immigriert waren als aus Kroatien emigriert. Dies war vor allem auf den Zuzug von Personen aus anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawien zurückzuführen. Eine neuerliche Migrationswelle setzte nach dem EU-Beitritt Kroatiens am 1. Juli 2013 ein, als 14 EU-Länder⁴ ihren Arbeitsmarkt für kroatische StaatsbürgerInnen öffneten. Für Übergangsfristen optierten in diesem Zusammenhang vor allem jene Länder, die als Hauptzielländer von MigrantInnen aus Kroatien angesehen werden, darunter Österreich, Deutschland und Italien. Im Jahr 2015 gewährten weitere acht EU-Länder – darunter Deutschland – den Zugang zu ihren Arbeitsmärkten, während Österreich voraussichtlich an der Beibehaltung der gesamten Siebenjahresfrist bis 2020 festhalten wird.⁵

Nach Angaben des kroatischen Statistischen Zentralamtes stieg die Nettoemigration zwischen 2013 und 2016 von -4.884 auf -22.451. Allein in den Jahren 2015 und 2016 verließen rund 66.000 Personen Kroatien. Diese Zahl umfasst allerdings nur jene Personen, die ihren Wohnsitz in Kroatien offiziell abmeldeten. Spiegelstatistiken, etwa aus Deutschland oder Österreich, weisen auf eine wesentlich höhere und steigende Abwanderung hin.⁶ Auch die Ergebnisse verfügbarer Umfragen lassen den Schluss zu, dass die Absicht zu emigrieren im Steigen begriffen ist. Hatten 2014 laut einer Umfrage des Instituts Ivo Pilar noch 3,3% der Befragten⁷ konkrete Pläne auszuwandern, so erhöhte sich dieser Anteil 2016 bereits auf 6,2%.⁸ Die meisten Auswanderer aus Kroatien sind im Haupterwerbsalter, etwa die Hälfte in der Altersgruppe zwischen 20 und 44 Jahren (Stubbs und Zrinscak, 2017). Laut Zuparic-Iljic (2016) haben rund die Hälfte eine Sekundärausbildung und 8% eine tertiäre Ausbildung, so sollen in den Jahren 2013 bis 2016 unter anderem 525 Ärzte das Land verlassen haben.

³ <https://www.eurofound.europa.eu/print/observatories/eurwork/articles/croatia-increased-need-for-foreign-workers-debated>

⁴ Schweden, Finnland, Dänemark, Polen, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Portugal, die Slowakei, Tschechien und Irland.

⁵ Derzeit halten noch fünf Länder an den Übergangsregelungen fest: Österreich, Niederlande, Großbritannien, Slowenien und Malta. Gemäß der 2+3+2-Regel muss 2018 um eine neuerliche Fristverlängerung angesucht werden, die bis maximal 2020 ausgedehnt werden kann.

⁶ Die Statistiken in den Zielländern umfassen Personen mit einem kroatischen Reisepass, diese könnten allerdings auch aus Bosnien und Herzegowina stammen.

⁷ Stichprobe 2014: 1000 Personen, 2016: 750 Personen.

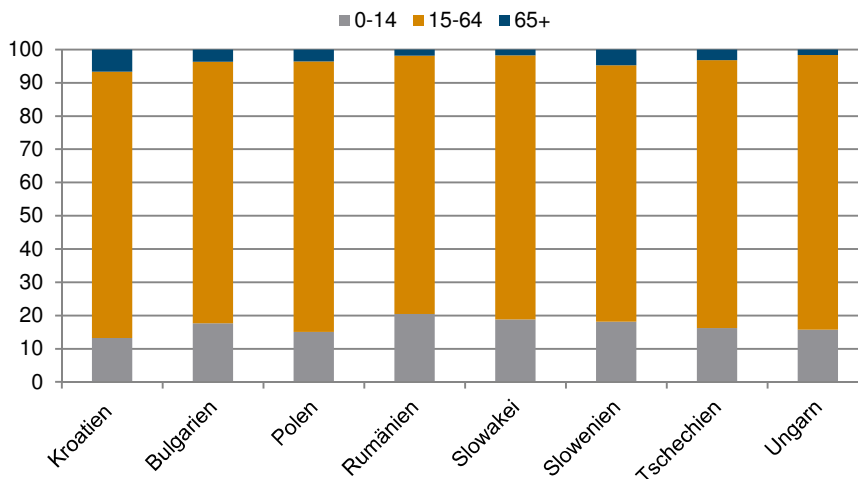
⁸ Ivo Pilar, <http://barometar.pilar.hr>

Migration nach Österreich und Deutschland

Zu Beginn des Jahres 2017 lebten laut Statistik Austria 73.334 Personen mit kroatischer Staatsbürgerschaft in **Österreich**, um 14.700 Personen oder um ein Viertel mehr als Anfang 2013. Mehr als die Hälfte (53%) sind Männer, 47% Frauen. Von der Altersstruktur her sind 80% der kroatischen StaatsbürgerInnen in Österreich im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre), ähnlich wie bei BürgerInnen aus anderen MOEL (Abbildung 4), während sich Unterschiede im Vergleich mit der jüngeren und älteren Altersgruppe ergeben. Hier weisen kroatische Staatsangehörige einen geringeren Anteil an Jungen und einen höheren Anteil an Älteren im Unterschied zu anderen in Österreich lebenden MOEL-BürgerInnen auf.

Abbildung 4 / Altersstruktur von StaatsbürgerInnen ausgewählter MOEL in Österreich, 2017

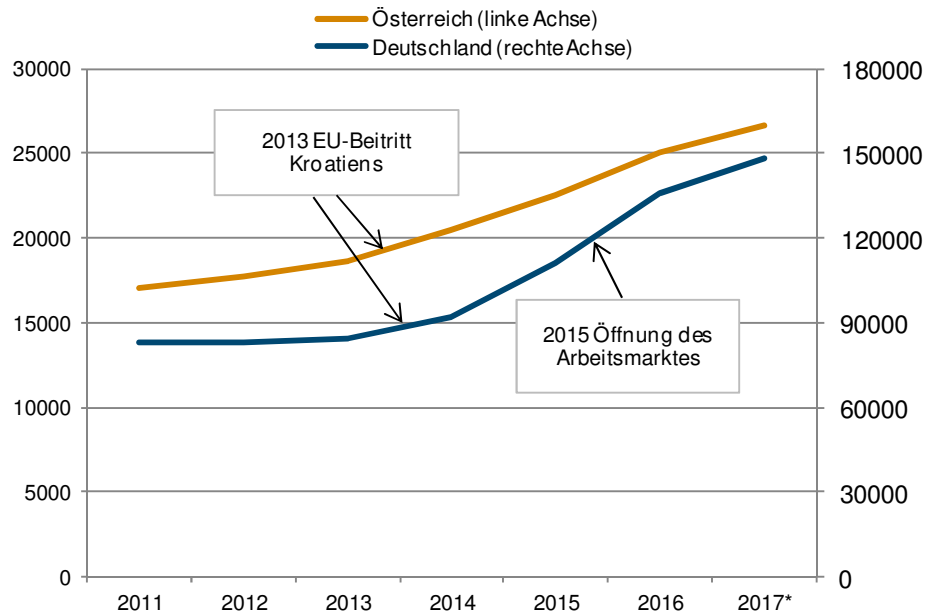
Anteil in %



Quelle: Statistik Austria.

In Österreich waren in den ersten fünf Monaten 2017 rund 26.850 kroatische StaatsbürgerInnen unselbständig beschäftigt, um 44% mehr als noch im Jahr 2013 (Abbildung 5). Im selben Zeitraum hat sich die Zahl der selbständig Beschäftigten mehr als verdreifacht, von rund 1.400 auf 4.750. Aufgegliedert nach Branchen sind kroatische ArbeitnehmerInnen vornehmlich in den Sektoren Industrie, Bauwirtschaft, im Tourismus, Handel und in der Erbringung sonstiger Dienstleistungen beschäftigt (Abbildung 6). Die Arbeitslosenquote kroatischer Staatsangehöriger betrug im ersten Halbjahr 2017 16,6% und ist nach jener für bulgarische StaatsbürgerInnen die zweithöchste Rate, die für EU-BürgerInnen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt registriert wurde.

Abbildung 5 / Unselbständig beschäftigte kroatische StaatsbürgerInnen in Österreich und Deutschland



Anmerkung: * Durchschnitt 1-4 2017.

Quelle: Für Deutschland: Bundesanstalt für Arbeit; für Österreich: BALI Arbeitsmarktdatenbank.

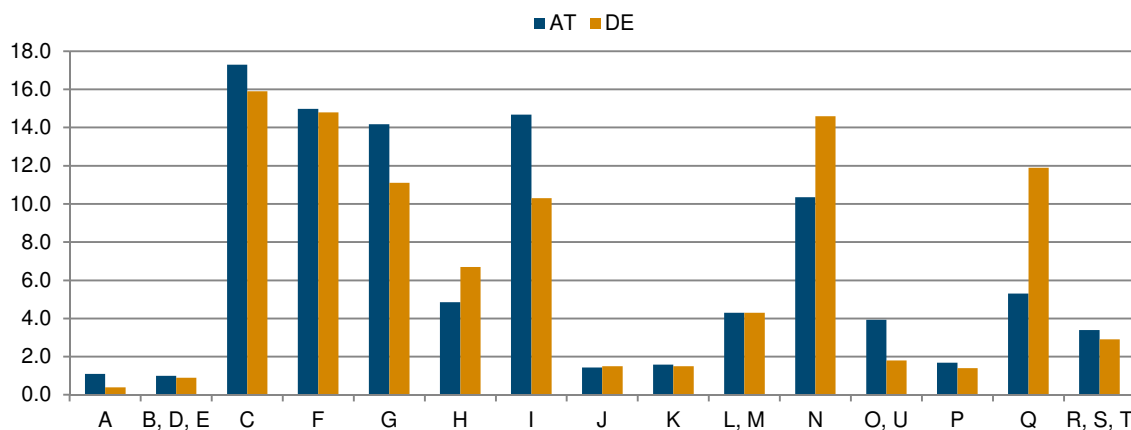
Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich die Zahl kroatischer StaatsbürgerInnen in **Deutschland** seit Ende 2013 um 92.100 Personen oder 38%. Ebenso ist die Zahl der kroatischen Arbeitskräfte⁹ in Deutschland seit dem EU-Beitritt Kroatiens am 1. Juli 2013 deutlich gestiegen. Der Zustrom beschleunigte sich insbesondere seit der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für kroatische Staatsangehörige ab Juli 2015 mit einer Zunahme von 40.300 Personen bis April 2017 (Abbildung 5). In den beiden Jahren zuvor waren es noch 28.000 Personen: Insgesamt waren im April 2017 rund 152.000 kroatische StaatsbürgerInnen in Deutschland beschäftigt, dies entspricht einer Steigerung um etwas mehr als 60% gegenüber 2013. Detaillierten Angaben für März 2017 zufolge gingen rund zwei Drittel einer Beschäftigung im Dienstleistungsbereich nach und knapp ein Drittel in der Industrie. Die Beschäftigung in der Landwirtschaft spielt im Gegensatz zu Arbeitskräften aus anderen MOEL (Polen, Rumänien) traditionell keine Rolle. Eine Gliederung nach Branchen zeigt die höchsten Beschäftigungsanteile kroatischer ArbeitnehmerInnen ähnlich wie in Österreich in der Industrie und in der Bauwirtschaft. Eine wesentlich höhere Bedeutung als in Österreich kommt der Erbringung sonstiger Dienstleistungen (inklusive Arbeitnehmerüberlassung) sowie der Beschäftigung im Gesundheits- und Sozialwesen zu. Der Anteil kroatischer Arbeitskräfte im Handel und im Gaststätten- und Beherbergungswesen liegt unter den für Österreich ausgewiesenen Werten (Abbildung 6). Die überwiegende Mehrheit (78%) der Beschäftigten aus Kroatien ist im Alter zwischen 25 und 54 Jahren, ein etwas geringerer Anteil als bei BürgerInnen aus den übrigen MOEL. Kroatische StaatsbürgerInnen weisen neben jenen aus Rumänien die höchste Beschäftigungsquote unter den EU-BürgerInnen in Deutschland auf.¹⁰ Gemeinsam mit den Arbeitskräften aus Ungarn und Rumänien ist auch die Arbeitslosenquote eine niedrigere (5,5-6,7%) oder ähnlich hohe wie für die inländische Bevölkerung

⁹ Diese Zahl bezieht sich auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (Bundesagentur für Arbeit).

¹⁰ Bundesagentur für Arbeit, Juni 2017.

(5,7%). Wie in Österreich ist auch in Deutschland die höchste Arbeitslosenquote unter den EU-BürgerInnen bei Personen aus Bulgarien zu finden

Abbildung 6 / Unselbständig beschäftigte kroatische StaatsbürgerInnen in Österreich und Deutschland nach Branchen, Anteile in %



Anmerkung:

- A Land- und Forstwirtschaft; Fischerei
- B, D, E Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- C Herstellung von Waren
- F Bau
- G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen
- H Verkehr und Lagerei
- I Beherbergung und Gastronomie
- J Information und Kommunikation
- K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- L, M Grundstücks- und Wohnungswesen
- N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
- O, U Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung
- P Erziehung und Unterricht
- Q Gesundheits- und Sozialwesen
- R, S, T Kunst, Unterhaltung und Erholung

Quelle: Für Deutschland: Bundesanstalt für Arbeit, erstes Quartal 2017; für Österreich: BALI Arbeitsmarktdatenbank für das Jahr 2016.

Die kroatische Politik hat der anhaltenden Auswanderung wenig entgegenzusetzen. Das Regierungsprogramm 2016-2020 enthält ein vages Statement, wonach junge Menschen zum Bleiben ermutigt werden sollen bzw. jene, die schon ausgewandert sind, zur Rückkehr. Dies soll in erster Linie durch die Schaffung von Arbeitsplätzen gelingen. Ansonsten konzentriert sich die Migrationspolitik auf Zuwanderer nach Kroatien.

Projektionen (Vidovic und Mara, 2015), basierend auf der Annahme, dass der Arbeitsmarkt in allen EU-Ländern ab 2015 geöffnet wird, zeigen eine Erhöhung des Bestandes an kroatischen StaatsbürgerInnen in der EU von 335.000 im Jahr 2013 auf 552.000 im Jahr 2019. Zielländer sind wie in der Vergangenheit in erster Linie Deutschland, Österreich, Italien und Slowenien. In Zahlen ausgedrückt würde demnach der Bestand an kroatischen Staatsangehörigen in Österreich gegenüber 2013 um rund 48.000 Personen auf 106.500 zunehmen. Dementsprechend wäre im Vergleich mit dem aktuellen Stand

(73.334 Personen zu Beginn 2017) in den kommenden Jahren noch mit einer kräftigen Erhöhung zu rechnen, würde der Arbeitsmarkt für kroatische StaatsbürgerInnen geöffnet werden.

Demographische Entwicklung

Die Bevölkerung Kroatiens nahm in den 1990er-Jahren vor allem als Folge der durch den Krieg verursachten Emigration sowie sinkender Geburtenraten ab, stabilisierte sich Anfang der 2000er-Jahre und verzeichnet seit 2010 einen kontinuierlichen Rückgang. Letzterer ist wiederum auf verstärkte Emigration, insbesondere seit Kroatiens EU-Beitritt und der anhaltend negativen Entwicklung der Geburtenrate, zurückzuführen. Kroatien ist ebenso wie die meisten EU-Länder mit dem Problem einer zunehmend alternden Bevölkerung konfrontiert. Der Anteil der Bevölkerungsgruppe über 65 Jahren steigt seit den 1990er-Jahren; er betrug 2016 19,2% und war damit über dem entsprechenden Wert für Österreich (18,5%). Gleichzeitig schrumpft der Anteil der Erwerbsbevölkerung (2016: 66,2% gegenüber 67,2% in Österreich). Infolge des ungünstigen Verhältnisses von Beschäftigten zu Pensionisten gerät auch das staatliche Pensionssystem zunehmend unter Druck. Im Jahr 2016 betrug der Altersabhängigkeitsquotient 29,3% und war damit ungefähr gleich hoch wie der EU-28-Durchschnitt (29%).¹¹ Der für Österreich errechnete Quotient war etwas niedriger und lag bei 27,5%.

¹¹ Der Altersabhängigkeitsquotient ist das Verhältnis der Bevölkerung über 65 Jahren zu jener im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre).

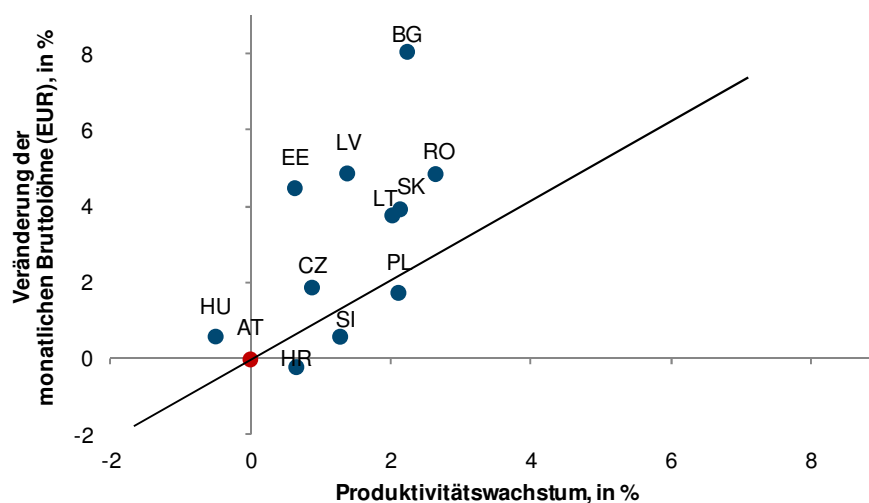
2. Entwicklung der Löhne und das Lohnverhandlungssystem in Kroatien

Löhne

Kroatien weist nach Slowenien und Estland das höchste Lohnniveau verglichen mit den übrigen MOEL auf. Trotz des starken Rückgangs der Beschäftigung stiegen die nominellen Bruttolöhne mit Ausnahme des Jahres 2010 auch während der Krise. Allerdings verringerte sich die Wachstumsdynamik von jährlich 6% in der Vorkrisenperiode auf weniger als 1% jährlich im Zeitraum nach 2008. Im Jahr 2016 betrug der durchschnittliche Bruttomonatslohn 1.029 EUR; dies entspricht rund einem Drittel des österreichischen Bruttolohns pro ArbeitnehmerIn (3.041 EUR).¹² Ausgedrückt in Kaufkraftparitäten beläuft sich das kroatische Lohnniveau auf 59% des österreichischen Lohnniveaus.

Setzt man das Lohnwachstum der letzten zehn Jahre in Relation zum Produktivitätswachstum¹³, so zeigt sich, dass die Produktivität in Kroatien verglichen mit Österreich schneller, die Bruttomonatslöhne in diesem Zeitraum allerdings langsamer wuchsen und in der Folge die Lohnstückkosten in Kroatien gesunken sind (Abbildung 7). Im Großteil der übrigen MOEL waren sowohl der Produktivitäts- als auch der Lohnzuwachs deutlich höher als in Österreich (in Abbildung 6 über der Diagonale) bzw. stiegen die Löhne sogar rascher als die Produktivität, wodurch sich auch die Lohnstückkosten relativ zu Österreich erhöhten.

Abbildung 7 / Lohn- und Produktivitätswachstum in Relation zu Österreich, 2007-2016



Quelle: wiiw-Jahresdatenbank, Eurostat.

¹² Personenkonzept basierend auf der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR).

¹³ Ergebnisse eines jüngst veröffentlichten wiiw-Berichtes (Grübler, 2017).

Lohnverhandlungssystem

Im Gegensatz zu den meisten Ländern Nord- und Westeuropas, wo die Lohnfestsetzung meist auf Ebene der Wirtschaftssektoren in Form von Kollektivverträgen vereinbart wird, erfolgt sie in den meisten MOEL auf Betriebsebene.¹⁴ In Kroatien liegt ein Mischsystem vor, bei dem die Lohnfestlegung in einzelnen Branchen auf sektoraler Ebene erfolgen kann, während in anderen nur auf Betriebsebene verhandelt wird. In der Praxis ist das Tarifverhandlungssystem dezentralisiert und unkoordiniert (Orsini und Ostojic, 2015).

Wie in den MOEL allgemein ist auch in Kroatien seit Beginn der 2000er-Jahre der Anteil jener ArbeitnehmerInnen, deren Beschäftigungsverhältnis ein Kollektivvertrag zugrunde liegt, kontinuierlich gesunken (Tabelle 3). Dieser Rückgang dürfte in erster Linie auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen sein, die in Kroatien eine langanhaltende Rezession zur Folge hatte. Eine Abnahme kollektivvertraglicher Deckungsraten ist jedoch auch in einigen anderen EU-Ländern zu beobachten. So fiel sie beispielsweise in Deutschland von 68% im Jahr 2000 auf 58% im Jahr 2013. In vielen der hier ausgewählten Länder ist die Kollektivvertragsdeckungsrate zwischen staatlichem und privatem Sektor sehr unterschiedlich. So beträgt sie in der staatlichen Administration in Kroatien noch nahezu 100% bzw. inklusive staatseigener Betriebe mehr als 70%, während die Kollektivvertragsdeckung im privaten Sektor nur 36%¹⁵ erreicht.

Tabelle 3 / Kollektivvertragliche Deckungsrate in ausgewählten EU-Ländern

Anteil der Beschäftigten, deren Arbeitsvertrag ein gültiger Kollektivvertrag unterliegt, in %

	2000	2008	2013
Bulgarien	40	35	29
Estland	28	25	23
Kroatien	.	60	53
Lettland	18	22	15
Litauen	15	11	10
Polen	25	16	15
Rumänien	98	98	35
Slowakei	51	40	35
Slowenien	100	92	65
Tschechische Republik	48	50	47
Ungarn	37	37	23
Österreich	98	98	98
Deutschland	68	61	58
Frankreich	98	98	98
Großbritannien	36	34	30
Italien	80	80	80

Anmerkung: 1) In einigen Ländern wurde aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit für die angegebenen Jahre die Information eines nächstgelegenen Jahres herangezogen.

Quelle: Visser (2016).

¹⁴ Kollektivverträge gewährleisten, die Einhaltung und Durchsetzbarkeit rechtlich verbindlicher und einklagbarer Mindestrechte, was bei Verträgen auf Betriebsebene kaum möglich ist.

¹⁵ Während die Angaben über die Kollektivvertragsdeckungsrate im öffentlichen Sektor in allen Quellen nahezu ident sind, variieren sie für den privaten Sektor je nach verwendeter Quelle. Im Gegensatz zu Visser (2016), der von 36% ausgeht, beträgt sie laut Orsini und Ostojic (2015) 45%. Dieselbe Quelle führt weiter aus, dass die effektive Deckungsrate jedoch nur 10% beträgt.

In Kroatien sind die Gewerkschaften durch starke Fragmentierung gekennzeichnet, die einerseits auf Faktoren wie politische Abhängigkeit/Unabhängigkeit zurückzuführen ist und andererseits auf die Spaltung entlang des privaten und staatlichen Sektors. Kroatien verfügt über vier national repräsentative Gewerkschaftsbünde (zwei davon im staatlichen Sektor), die das Recht haben, am dreiseitigen Wirtschafts- und Sozialrat und anderen dreigliedrigen Gremien teilzunehmen, sowie über einige Gewerkschaftsorganisationen außerhalb davon.¹⁶ Die Fragmentierung der Gewerkschaftslandschaft spiegelt sich nicht nur in der Zahl der Gewerkschaftsverbände wider, sondern insbesondere auch in ihrer Beziehung zueinander, es herrscht kaum Solidarität zwischen den Verbänden (Wieser, 2015). Das gemeinsame Vorgehen ist durch die jeweiligen Schwerpunkte beeinträchtigt. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist im vergangenen Jahrzehnt nicht zuletzt als Folge der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise gesunken. Die Gewerkschaftsdichte beträgt derzeit etwas mehr als 30% und ist damit höher als in den MOEL oder auch in Österreich. Es bestehen, wie schon aus den Angaben über Kollektivverträge hervorgeht, deutliche Unterschiede zwischen dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad im privaten und im staatlichen Sektor (inklusive Staatsbetriebe), mit 17% bzw. 70% (Orsini und Ostojic, 2015).

In Kroatien gibt es die Möglichkeit, auf betrieblicher Ebene sowohl von der Gewerkschaft als auch von einem Betriebsrat vertreten zu werden. Hinsichtlich der betrieblichen Mitbestimmung zieht der Gesetzgeber die Gründung einer Gewerkschaft der Gründung eines Betriebsrates vor. Bereits zehn Personen können eine Gewerkschaft gründen, während die Bildung eines Betriebsrates entweder durch die bestehende Gewerkschaft vorgeschlagen werden muss oder durch zehn Prozent der Beschäftigten initiiert werden kann (Wieser, 2015). Ab einer MitarbeiterInnenzahl von 20 Personen besteht jedoch die Pflicht, einen Betriebsrat zu errichten. Falls kein Betriebsrat vorhanden ist, kann die repräsentative Gewerkschaft fast alle Aufgaben eines Betriebsrates übernehmen, was relativ häufig der Fall ist. Betriebsräte haben das Recht auf Information, Konsultation und Mitbestimmung.

Kroatien verfügt ebenso wie ein Großteil der EU-Länder über eine Mindestlohnregelung. Für 2017 wurde der Mindestlohn mittels einseitigen Regierungsbeschlusses mit 3.276 HRK bzw. 437 EUR festgelegt (43% des durchschnittlichen Bruttomonatslohns), da keine Einigung mit den Sozialpartnern erzielt werden konnte.

¹⁶ In Kroatien können bereits 10 Personen eine Gewerkschaft gründen. Laut Angaben für das Jahr 2014 gibt es 621 Einzelgewerkschaften, mehr als die Hälfte (313) sind nur in einer Gespanschaft (Region) aktiv. Zusätzlich gibt es noch 26 Gewerkschaftsorganisationen auf höherer Ebene (bestehend aus mindestens zwei Einzelgewerkschaften), drei davon sind wiederum nur in einer Gespanschaft aktiv; <http://de.worker-participation.eu/index.php/Nationale-Arbeitsbeziehungen/Laender/Kroatien>.

3. Fiskalpolitischer Spielraum und EU-Haushaltsvorgaben

Kroatiens Staatshaushalt war seit Beginn der 2000er-Jahre nahezu fortwährend durch hohe Budgetdefizite gekennzeichnet, die sich in der Folge der Finanzmarktkrise weiter verschlechterten. Im Jahr 2012 erreichte das gesamtwirtschaftliche Defizit mit 7,8% gemessen am BIP einen Höchstwert, blieb aber trotz Verringerung im Folgejahr über dem Maastricht-Kriterium, sodass die EU-Kommission im Jahr 2014 ein Verfahren bei übermäßigem Defizit einleitete.

Laut Empfehlung des Rates vom Dezember 2013¹⁷ wurden die kroatischen Behörden aufgefordert, (1.) eine gründliche Ausgabenüberprüfung durchzuführen, mit dem Ziel, die Ausgaben für Löhne, soziale Sicherheit und Subventionen zu rationalisieren und ausreichenden Spielraum für wachstumsfördernde Ausgaben zu schaffen, unter anderem auch für die Kofinanzierung EU-geförderter Projekte, (2.) die Einhaltung der Steuervorschriften weiter zu verbessern und die Effizienz der Steuerverwaltung zu erhöhen und (3.) den institutionellen Rahmen der öffentlichen Finanzen zu verbessern. Außerdem forderte der Rat die Durchführung von Strukturreformen, insbesondere um restriktive Arbeitsmarktinstitutionen und ungünstige Rahmenbedingungen für Unternehmen zu beseitigen und die Qualität der öffentlichen Verwaltung zu verbessern.

Im Jahr 2016 verringerte sich das gesamtstaatliche Defizit auf 0,8% des BIP, nachdem es im Jahr zuvor 3,4% des BIP betragen hatte. Diese Verbesserung wurde hauptsächlich durch steigende Einnahmen aufgrund des BIP-Wachstums und Ausgabenkürzungen ermöglicht. In den Jahren 2015 und 2016 gingen insbesondere die Sozialausgaben, die Aufwendungen für Subventionen und die Ausgaben für öffentliche Investitionen als Anteil am BIP zurück. Dabei dürfte auch der Umstand, dass im ersten Quartal 2016 die Bestimmungen für ein Budgetprovisorium zur Anwendung kamen, da zu diesem Zeitpunkt noch kein neues Budget beschlossen war, zum Gesamtergebnis beigetragen haben. Daher konnte auch das Defizit unter die vom Rat gesetzte 3%-Marke gesenkt werden.

Die gesamtstaatliche Verschuldung erreichte 2015 mit 86,7% den bisherigen Höchststand und fiel im Jahr 2016 auf 84,2% des BIP zurück. In ihrem Konvergenzprogramm für 2017-2020 sieht die kroatische Regierung einen weiteren graduellen Abbau des Defizits von -0,8% des BIP im Jahr 2016 auf 0,5% im Jahr 2020 vor. Die gesamtstaatliche Schuldenquote sollte bis dahin auf 72,1% reduziert werden. Nicht berücksichtigt sind in diesem Szenario die möglichen negativen Auswirkungen, die durch die finanziellen Schwierigkeiten des Agrokor-Konzerns verursacht werden könnten (siehe nächstes Kapitel).

Mitte 2017 erklärte die EU-Kommission das Defizitverfahren für beendet: somit unterliegt Kroatien nun der präventiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Der fiskalische Spielraum Kroatiens ist begrenzt. Die Zinsen für langfristige Staatsverschuldung sind vergleichsweise hoch, und das Land ist eine sehr kleine offene Volkswirtschaft, in der eine unbegrenzte

¹⁷ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52013PC0914>

Defizitfinanzierung nicht möglich ist. Der Wirtschaftseinbruch im Zuge der globalen Finanzkrise war stark und hat lange andauert. In der EU hatten nur Griechenland und Zypern einen vergleichbaren oder sogar kräftigeren Einbruch zu verzeichnen. Gleichzeitig schaffte es Kroatien im Zeitraum 2010-2014, mit einem durchschnittlichen strukturellen Budgetdefizit (für das potentielle BIP bereinigt und ohne Zinszahlungen) von 1,5% des BIP im bescheidenen Rahmen eine antizyklische Politik durchzuführen. Die meisten anderen EU-Länder konnten bereits ab 2012 strukturelle Überschüsse generieren. Kroatien begann erst ab 2015, strukturelle Überschüsse von jährlich rund 2% des BIP zu erwirtschaften.

Sicher wäre der Wirtschaftsaufschwung in den letzten Jahren stärker ausgefallen, wenn die Konsolidierung des öffentlichen Haushalts weniger offensiv betrieben worden wäre. Auch für die kommenden Jahre wäre es sinnvoll, etwa dem Beispiel Spaniens zu folgen und leichte strukturelle Budgetdefizite zu erlauben, um die Wirtschaft verstärkt durch zukunftssträchtige Investitionen in die Infrastruktur zu unterstützen. Dabei wäre eine Änderung des fiskalischen Regelwerks auf europäischer Ebene nützlich. So wären insbesondere für jene Länder, die von der Finanzkrise besonders stark getroffen wurden, höhere Defizit-Referenzwerte hilfreich. Auch die EU-weite Einführung der „Goldenen Investitionsregel“, welche die Finanzierung öffentlicher Netto-Investitionen mittels Budgetdefiziten erlaubt, wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Eine etwas flexiblere Fiskalpolitik wäre dazu geeignet, die Kosten der fiskalischen Konsolidierung am Arbeitsmarkt zu reduzieren und wachstumsfördernde Projekte zu unterstützen. Eine Steuerreform zur Förderung von Realinvestitionen, beispielsweise mit Mitteln aus höheren Vermögenssteuern, könnte ebenso das Wirtschaftswachstum ankurbeln.

4. Kurz-, mittel- und langfristige kroatische Wirtschaftsprognose

Nach einem BIP-Wachstum von 2,9% im Jahr 2016 ist auch für 2017 von einer Zunahme der Wirtschaftsleistung auszugehen; allerdings ist noch unklar, wie sich der Zusammenbruch des größten privaten Einzelhandelsunternehmens (Agrokor) auf das BIP-Wachstum auswirken wird (Box 1).

BOX 1 / AGROKOR

Agrokor ist der größte private Konzern in Kroatien bzw. auf dem Westbalkan. Neben dem Einzelhandel gehören die Produktion und die Distribution von Nahrungsmitteln und Getränken zu den Hauptaktivitäten der Unternehmensgruppe. Dazu zählen der größte Fleischproduzent (PIK Vrbovec) und der größte Agrarbetrieb (Belje) des Landes sowie die Einzelhandelskette Konzum. Im Jahr 2014 hat Agrokor auch den größten slowenischen Einzelhandelskonzern Mercator übernommen. Agrokor beschäftigt in Kroatien rund 40.000 MitarbeiterInnen und auf dem gesamten Westbalkan rund 60.000. Der Jahresumsatz beträgt rund 6,5 Mrd. EUR oder 14% des kroatischen BIP. Zu Beginn des Jahres 2017 wurde bekannt, dass Agrokor seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Ein Sondergesetz zur Rettung des Unternehmens *Gesetz über das Verfahren für eine außerordentliche Verwaltung von Unternehmen mit systemischer Bedeutung für die Republik Kroatien* (Lex Agrokor) sah unter anderem vor, die Leitung des Konzerns auf einen Regierungskommissär zu übertragen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die genaue Höhe der Verbindlichkeiten noch nicht bekannt. Ersten Schätzungen zufolge dürften sie sich auf mindestens 6 Mrd. EUR belaufen, davon etwa 2 Mrd. EUR Schulden gegenüber Lieferanten und der Rest gegenüber Banken, wobei der Großteil auf russische Banken – die Sberbank und VTB – entfällt, aber auch österreichische Banken – Raiffeisen Austria und Erste-Group – betroffen sind. Laut Regierungskommissär Ante Ramljak wird der Konzern nach der laut Gesetz festgesetzten 15-monatigen Sanierungsphase nicht mehr in seiner jetzigen Form weiterbestehen; die Agrokor-Muttergesellschaft werde wohl liquidiert und ihre drei Segmente – Einzelhandel, Lebensmittel und das Nicht-Kerngeschäft – verkauft werden.

Der Gouverneur der kroatischen Nationalbank, Boris Vujčić, deutete an, dass die Vorgänge rund um Agrokor zu einer Verringerung des BIP-Wachstums um 0,3-0,4 Prozentpunkte führen könnten.¹⁸ Die EU-Kommission rechnet sowohl 2017 als auch 2018 mit negativen Auswirkungen auf das BIP-Wachstum bedingt durch ein Absinken der Investitionen und den geringeren Konsums von Haushalten, die direkt oder indirekt mit Agrokor in Verbindung stehen. Auch das wiiw geht von einem etwas geringeren BIP-Wachstum für 2017 als ursprünglich prognostiziert aus (2,7% statt 2,9%).

Die Inlandsnachfrage bleibt die treibende Kraft für das Wirtschaftswachstum. Nicht nur 2017, sondern auch in den kommenden Jahren sollen öffentliche und private Investitionen verstärkt unter Einbezug von

¹⁸ <http://www.poslovni.hr/hrvatska/boris-vujcic-otkrio-koliko-je-kriza-u-agrokoru-utjecala-na-gospodarski-rast-327429>

EU-Strukturfondsmitteln finanziert werden, die neben dem privaten Konsum zu einer Steigerung des Wachstums beitragen sollen. Die Ausweitung des Konsums der privaten Haushalte ist in erster Linie mit der Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt verknüpft – der Verringerung der Arbeitslosigkeit, einem Beschäftigungsanstieg sowie Reallohnsteigerungen. Auf der Angebotsseite werden insbesondere vom Tourismus, der gegenwärtig von der unsicheren Lage insbesondere in der Türkei, Tunesien und Ägypten profitiert, deutliche Impulse für das Wirtschaftswachstum erwartet. In den Jahren 2018 und 2019 ist mit einer Zunahme des BIP knapp unter 3% zu rechnen, vorausgesetzt die Konjunktur in den Haupthandelspartnern Kroatiens bleibt stabil. Dieser Trend dürfte sich auch längerfristig fortsetzen, wobei die demographische Entwicklung (Alterung der Bevölkerung) in den kommenden Jahren eine große Herausforderung darstellt. Dieser Trend wird durch die kontinuierliche Abwanderung ins Ausland verstärkt, ähnlich der Entwicklung in Bulgarien und Rumänien und in den Westbalkanländern. Gedämpft werden die Aussichten allerdings durch die anhaltend instabile politische Situation (Box 2).

BOX 2 / POLITISCHE SITUATION

Politisch erweist sich Kroatien als wenig stabil. Seit Jänner 2016 ist bereits die dritte Regierung im Amt. Die erste Koalitionsregierung zwischen der konservativen HDZ und der Bewegung Most, die aus den Wahlen im November 2015 als Sieger hervorgegangen waren, zerfiel nach nur fünf Monaten. Das Ende brachte ein Misstrauensvotum gegen den parteilosen Premierminister Tihomir Orešković, das von der HDZ unter der Führung des Rechtspopulisten Tomislav Karamarko eingeleitet worden war. Orešković wurde ursprünglich von der HDZ anstelle von Karamarko, der als ehemaliger Geheimdienstchef nicht als Regierungschef tragbar war, vorgeschlagen. Die darauffolgenden Neuwahlen im September 2016 führten zu einer neuerlichen Zusammenarbeit zwischen HDZ und Most, diesmal unter Andrej Plenković, einem früheren EU-Abgeordneten. Auch diese Koalition zerbrach nach nur sechs Monaten, Auslöser war der Finanzskandal rund um Agrokor. Vier Most-Minister hatten gemeinsam mit der Opposition in einem Misstrauensvotum gegen den Verbleib von Finanzminister Zdravko Marić (HDZ) – einem ehemaligen Finanzdirektor des Konzerns – in der Regierung gestimmt, worauf sie von Premierminister Plenković entlassen wurden und die Koalition der beiden Parteien neuerlich gescheitert war. Für die neue, seit Juni 2017 im Amt befindliche Regierung konnte Andrej Plenković den pragmatischen Flügel der linksliberalen HNS für eine Koalition gewinnen, die allerdings nur über eine hauchdünne Mehrheit im Parlament verfügt.

5. Österreichs wirtschaftliche Beziehungen mit Kroatien

Die österreichischen Gesamtexporte nach Kroatien nahmen seit Beginn der 2000er-Jahre kontinuierlich zu, erreichten den bisherigen Höchststand im Jahr 2008 mit einem Exportwert von 1,6 Mrd. EUR und stagnierten in den Folgejahren bei rund 1,1 Mrd. EUR. Seit 2014 ist wieder ein Anstieg zu vermerken, jedoch liegen die Exportwerte noch immer unter jenen der Vorkrisenperiode. Die österreichischen Importe aus Kroatien verzeichnen einen sehr unterschiedlichen Verlauf, erreichten einen ersten Höchstwert von 800 Mio. EUR im Jahr 2008, gefolgt von einem Rückgang und einer neuerlichen Zunahme. Im Handel mit Kroatien erzielt Österreich regelmäßig einen Handelsbilanzüberschuss; im Jahr 2016 belief sich dieser auf mehr als 650 Mio. EUR (Tabelle 4). Die bilaterale Dienstleistungsbilanz verzeichnet hingegen traditionell ein Defizit, was in erster Linie auf die Ungleichgewichte im Tourismus zurückzuführen ist (Kroatien gehört zu den beliebtesten Feriendestinationen österreichischer TouristInnen).

Tabelle 4 / Österreichischer Außenhandel mit Kroatien

Mio. EUR

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Exporte	1253	1343	1518	1566	1150	1145	1146	1123	1119	1180	1380	1286
Importe	582	684	700	807	558	581	684	806	661	468	534	633
Handelsbilanz	671	658	818	760	592	564	462	317	458	712	846	653

Quelle: Eurostat.

Eine Aufgliederung der Exporte nach Wirtschaftsklassen für das Jahr 2016 zeigt, dass rund ein Drittel der österreichischen Exporte auf bearbeitete Waren und etwas mehr als ein Viertel auf Maschinen- und Fahrzeuge entfällt; auf sonstige Fertigwaren und chemische Erzeugnisse entfallen 14% bzw. 11% (Abbildung 8). Auf der Importseite dominieren die Einfuhren von Maschinenbauerzeugnissen und Fahrzeugen (z.B. elektrische Geräte, Wälzlager, Schienen- und Wasserfahrzeuge), deren Anteil an den gesamten Importen aus Kroatien 2016 rund 44% ausmachte, seit Jahren allerdings kontinuierlich zurückgeht. Auf Importe von bearbeiteten Waren entfielen 16% und auf sonstige Fertigwaren 17%.

Österreich ist der wichtigste ausländische Investor in Kroatien. Im Jahr 2016 entfielen rund 19% aller ausländischen Direktinvestitionen auf Österreich, gefolgt von den Niederlanden, Italien und Ungarn. Laut Schätzungen der Wirtschaftskammer Österreich haben etwa 650 österreichische Unternehmen Niederlassungen¹⁹ in Kroatien, die in fast allen Sektoren präsent sind. Im Jahr 2016 betrug der Bestand österreichischer Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa²⁰ laut Angaben der Oesterreichischen Nationalbank rund 56 Mrd. EUR, davon entfielen rund 4 Mrd. EUR auf Investitionen von

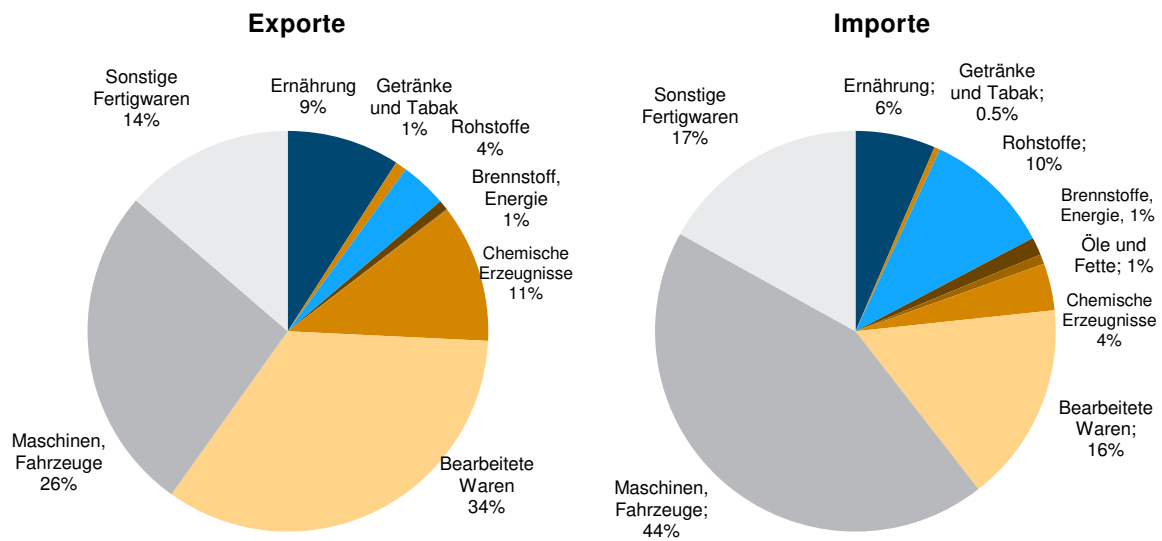
¹⁹ Die Schätzungen der WKO sind eine Mischung aus Angaben aus dem Handelsregister und der eigenen Datenbank der WKO und beinhalten neben „tatsächlichen“ Investoren auch Repräsentanzen von Firmen, Einpersonen-Firmen etc.

²⁰ Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.

österreichischen Firmen in Kroatien.^{21, 22} Insgesamt gesehen ist Kroatien nach Tschechien, Rumänien, Ungarn, der Slowakei und Polen das sechstwichtigste Zielland österreichischer Investoren in der gesamten Region. Kroatische Investitionen in Österreich sind laut Information der Österreichischen Nationalbank minimal.

Abbildung 8 / Handel zwischen Österreich und Kroatien nach Warengruppen, 2016

Anteile in %



Quelle: Eurostat.

²¹ Angaben der Kroatischen Nationalbank zufolge belief sich der Bestand österreichischer Direktinvestitionen im Jahr 2016 auf 5 Mrd. EUR. Die Diskrepanz von 1 Mrd. EUR ist auf unterschiedliche Erhebungsmethoden zurückzuführen.

²² Im Jahr 2015 betrug der Bestand österreichischer FDI in Kroatien noch 5,2 Mrd. EUR. Der Rückgang 2016 ist in erster Linie auf die Verschiebung der Beteiligung der Bank Austria/Unicredit an der Zagrebacka Banka von Österreich nach Italien zurückzuführen.

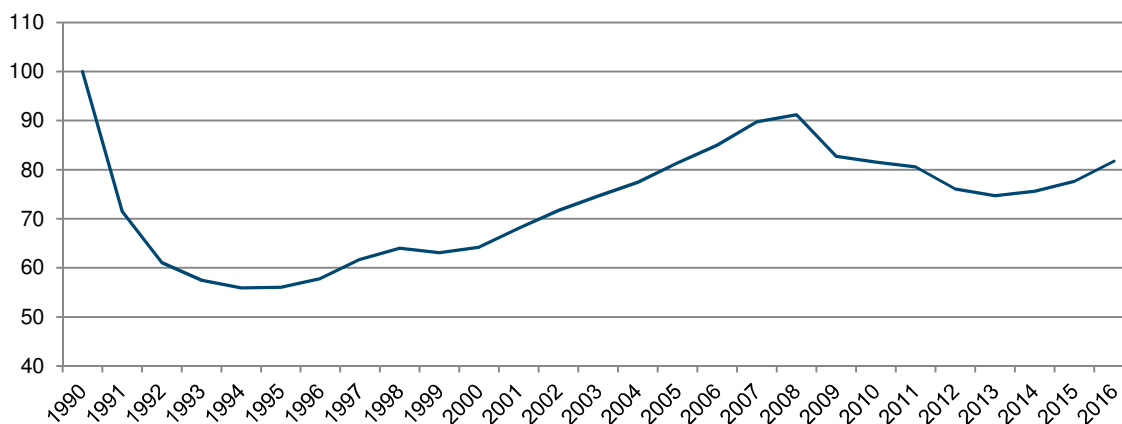
6. Schwächen der kroatischen Wirtschaft und nationale wirtschaftspolitische Maßnahmen für mehr Wachstum

Innerhalb der Volkswirtschaft Jugoslawiens hatte Kroatien (zusammen mit Slowenien) einen komparativen Vorteil in der Produktion technologisch höherstehender Güter im Bereich der verarbeitenden Industrie. Dieser Vorteil ist mit dem Zerfall Jugoslawiens weggebrochen. Im Zuge der Rezession, des Marktverlustes und bedingt durch Kriegsschäden fiel die Industrieproduktion Mitte der 1990er-Jahre auf rund 56% des Niveaus von 1990 (und gleichzeitig 1980, zumal die jugoslawische Wirtschaft bereits in den 1980er-Jahren als Folge des zweiten Ölschocks größtenteils stagnierte).

Bis zum Ausbruch der globalen Finanzkrise 2008 konnten immerhin 91% des Ausgangsniveaus von 1990 wieder erreicht werden (Abbildung 9). Mit 82% der Industrielleistung von 2008 wurde 2013 ein weiterer Tiefpunkt erreicht. Zuletzt konnte sich die Industrieproduktion um 8 Prozentpunkte verbessern und hält somit bei rund 90% des Outputs von 2008.

Ein wesentliches Merkmal der kroatischen Wirtschaft vor dem Ausbruch der globalen Finanzkrise waren hohe Leistungsbilanzdefizite, die 2008 fast 9% des BIP ausmachten. Die Überbewertung des realen Wechselkurses bei gleichzeitig fixem nominellen Wechselkurs zum Euro führte zu einer realen Abwertung, begleitet von Konsumeinschränkung und einer damit verbundener sechsjährigen Rezession sowie Reallohnkürzungen, zumal ein weiteres kreditfinanziertes Aufrechterhalten des Leistungsbilanzdefizits nicht mehr möglich war.

Abbildung 9 / Reale Industrieproduktion in Kroatien, 1990 = 100



Quelle: wiiw-Jahresdatenbank.

Zuletzt wurden Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftet (2016: 2,6% des BIP). Da der Großteil der Kredite in Fremdwährung denominated oder indexiert ist und die Auslandsverschuldung über 90% des

BIP (2016) ausmacht, ergeben sich für die Kroatische Zentralbank kaum geldpolitische Handlungsräume. Das fehlende Instrument der Wechselkurspolitik schränkt den Spielraum beim Steuern der Konjunktur ein. Die Nationalbank präferiert eine baldige Übernahme des Euro; eine Studie über den Nutzen und potentielle Risiken der Euro-Einführung ist derzeit in Bearbeitung.²³

Um in zukünftigen Wirtschaftskrisen besser bestehen zu können und um die Arbeitslosenquote nachhaltig zu senken, bedarf es einer Stärkung der wirtschaftlichen Basis. Dabei ist unter anderem auch die regional unterschiedliche Ausgangslage in Kroatien zu beachten.

Der Westen des Landes, mit der Halbinsel Istrien und der Region rund um Kroatiens drittgrößte Stadt und größten Seehafen Rijeka ist für die Verhältnisse im Land als wohlhabend zu bezeichnen (siehe Abbildung 10). Das BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten lag in dieser Region 2014 bei rund 20.000 Euro. Hier existiert ein qualitativ hochwertiger Tourismus mit vergleichsweise langer Saison und einer teilweise angeschlossenen Lebensmittelproduktion von hoher Güte (Agrotourismus). Darüber hinaus ist im istrischen Rovinj mit TDR der größte Zigarettenhersteller am Westbalkan beheimatet. In Pula (Uljanik) und Rijeka (3. Maj, Viktor Lenac) befinden sich drei der fünf verbliebenen großen Schiffswerften Kroatiens. 2015 war die gesamte kroatische Werftindustrie an zweiter Stelle in Europa und an zehnter weltweit gereiht.²⁴ Allerdings dürften die Auftragsbücher ab dem zweiten Halbjahr 2019 nicht besonders voll²⁵ und damit der vor dem EU-Beitritt 2013 eingeleitete Restrukturierungsprozess noch nicht abgeschlossen sein. In der Nähe von Rijeka befindet sich auch Kroatiens größte Erdöl-Raffinerie. Auf der Insel Krk (nahe eines existierenden Erdöl-Terminals) ist für die nächsten Jahre der Bau eines LNG-Terminals für Flüssigerdgas mit Unterstützung der EU und der USA geplant.²⁶ Insgesamt scheint sich diese Region gut zu entwickeln und benötigt vermutlich am wenigsten Unterstützung. Die Nähe zu den reichen italienischen Regionen Friaul und Veneto ist von großem Vorteil und erlaubt auch durch Auspendeln und Arbeitsmigration wirtschaftliche Schocks abzufedern. So hatte beispielsweise die istrische Gespanschaft²⁷ (Region) 2016 laut Kroatischer Arbeitsmarktverwaltung (HZZ) mit 6% die niedrigste Arbeitslosenrate.

Der Süden Kroatiens mit den dalmatinischen Gespanschaften entlang der Küste und der zweitgrößten Stadt des Landes – Split – weist eine unterdurchschnittliche wirtschaftliche Entwicklung auf. Einzige Ausnahme bildet die Gespanschaft Dubrovnik-Neretva im äußersten Süden, die beim BIP pro Kopf leicht über dem nationalen Schnitt liegt. Der Tourismus ist der bestimmende Wirtschaftszweig der Region. Die Saison ist allerdings recht kurz – meist nur zwei bis drei Monate. Aufgrund des milden Klimas wäre eine Ausweitung der Tourismussaison möglich und sinnvoll. Flughäfen existieren in Zadar, Split, Dubrovnik und auf der Insel Brač. Die Autobahn reicht fast schon bis Dubrovnik. Ein wichtiges Infrastrukturprojekt zur Anbindung des äußersten Südens – die 2,4 Kilometer lange Pelješac-Brücke – soll in den kommenden Jahren mit umfangreicher Unterstützung der EU fertiggestellt werden (siehe

²³ <http://www.total-croatia-news.com/business/17847-croatian-national-bank-launches-study-on-introduction-of-euro>

²⁴ <http://www.total-croatia-news.com/business/2097-croatian-shipbuilding-2nd-in-europe-and-top-10-globally-in-2015>

²⁵ <http://www.total-croatia-news.com/business/19880-no-new-jobs-for-croatian-shipyards>

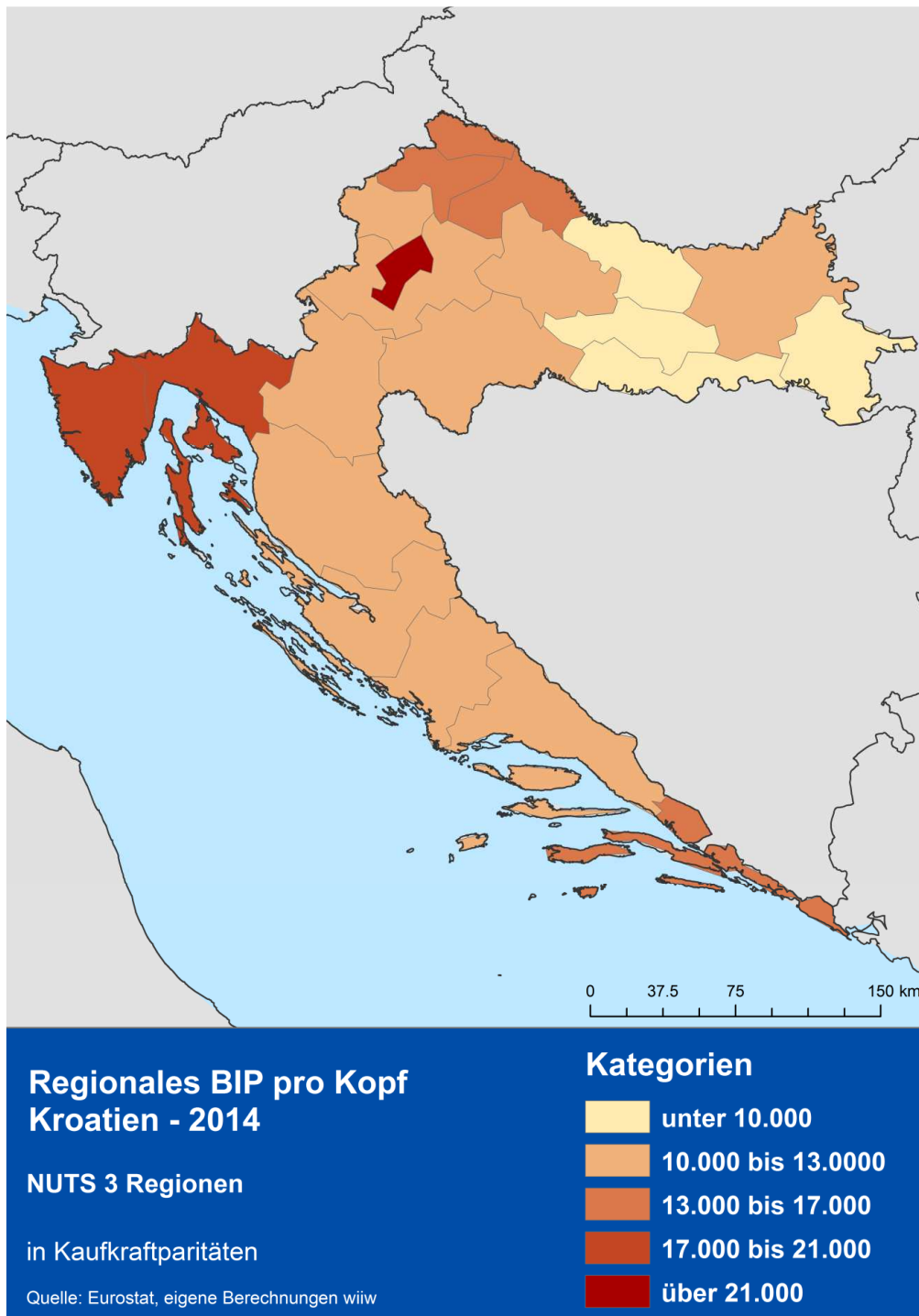
²⁶ <http://www.total-croatia-news.com/business/20319-slovenia-planning-rival-lng-terminal>

²⁷ Kroatien verfügt über 20 Gespanschaften (županije) – regionale Selbstverwaltungseinheiten – und die Hauptstadt Zagreb, die selbst den Status einer Gespanschaft hat. Die Gespanschaften werden administrativ und territorial in kleinere Einheiten untergliedert – in Städte in den urbanen Gebieten und in Gemeinden in den restlichen Gebieten. Laut Gesetz aus dem Jahr 2006 gibt es in Kroatien 127 Städte und 429 Gemeinden.

<http://croatia.eu/article.php?lang=3&id=30>

auch nächstes Kapitel). Größere Industrieunternehmen fehlen allerdings im Süden, der fast doppelt so viele Einwohner wie der Westen des Landes hat. Ausnahmen sind die Schiffswerften Brodotrogir und Brodosplit. Der Dienstleistungssektor ist dominant. Dazu zählen auch Fährunternehmen, Reedereien und Hafenbetreiber.

Abbildung 10 / Regionales BIP pro Kopf in EUR zu KKP, 2014



Der Norden des Landes, mit der Hauptstadt Zagreb und der dazugehörigen Agglomeration sowie den entwickelteren Gespanschaften im äußersten Norden entlang der Flüsse Mur und Drau, liegt gemessen am BIP pro Kopf über dem regionalen Durchschnitt. Fast die Hälfte der kroatischen Bevölkerung lebt hier. In Zagreb liegen die Firmenhauptsitze der wichtigsten kroatischen Unternehmen in den Bereichen Energie, Nahrungsmittel, Einzelhandel und Logistik, Telekommunikation, Finanzwirtschaft, Transport, pharmazeutische Industrie und Elektroindustrie. In und um Zagreb befinden sich auch innovative Produzenten von Elektroautos, Antriebssträngen und Batteriesystemen (DOK-ING und Rimac Automobili). Im äußersten Norden des Landes sind auch noch mehrere größere Nahrungsmittelproduzenten sowie Textil- und Lederverarbeitungsbetriebe beheimatet, die auch für die Automobilindustrie tätig sind. Die Region hat also eine industrielle Tradition. Diese ist allerdings zu einem großen Teil im unteren-mittleren Technologiesegment angesiedelt und bräuchte entsprechende Kapital- und Technologietransfers, um in den oberen-mittleren Technologiebereich zu gelangen und damit auf der Wertschöpfungsleiter weiterzukommen.

Schließlich bleibt der Osten Kroatiens mit den slawonischen Gespanschaften zwischen Drau, Save und Donau und der viertgrößten Stadt des Landes – Osijek. Das durchschnittliche BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten liegt hier nur um die 10.000 Euro (2014). Der Osten ist klar die ärmste Region Kroatiens und größtenteils agrarisch geprägt. Hier gibt es nur wenige bedeutende Industriebetriebe. Einer der wichtigsten ist die Đuro Đaković Holding in Slavonski Brod. Dieser Mischkonzern befindet sich noch in mehrheitlich staatlichem Eigentum und betätigt sich im Metall- und Maschinenbau. Wesentliche Produkte sind Panzer und gepanzerte Fahrzeuge sowie Güterwaggons. Eine Kapitalerhöhung soll frisches Geld in das Unternehmen bringen. Hier gibt es auch einige der (wenig produktiven) Land- und Forstwirtschaft nachgelagerten Betriebe der verarbeitenden Industrie im Bereich Nahrungsmittel und Papier. Insgesamt müsste aber die Produktivität in der Landwirtschaft angehoben und neue Betriebe beispielsweise in der Nahrungsmittelerzeugung angesiedelt werden, um das ganze Potential der Region auszuschöpfen und die hohe Arbeitslosigkeit, die meist bei über 20% liegt, abzubauen.

Sowohl den strukturschwachen Regionen im Osten und Süden als auch dem kroatischen Kernland im Norden fehlt es demnach an wichtigen (ausländischen) Investitionen in Wirtschaftsbereichen, die in der Wertschöpfungskette weiter oben angesiedelt sind. Im adriatischen Süden wären das beispielsweise höherwertige Tourismusbetriebe und damit verbundene Dienstleistungsunternehmen, die es ermöglichen könnten, die kurze Saison bedeutend zu verlängern. Im pannonischen Osten bräuchte es vermehrt der Land- und Forstwirtschaft nachgelagerte Betriebe der verarbeitenden Industrie. Im stärker industrialisierten Norden wäre ein technologischer Aufstieg insbesondere mit der Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten, beispielsweise in der Automobilindustrie, zu realisieren. Die bestehenden Unternehmen im Bereich der E-Mobilität könnten ein wichtiger Anknüpfungspunkt sein.

Die bisherigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen hatten zwar das Ziel, ausländische Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie in das Land zu bringen und Beschäftigung zu schaffen, waren aber bisher nur wenig erfolgreich. Krisenbedingt waren und sind die kroatischen Staatsfinanzen angespannt, und insbesondere öffentliche Ausgaben für Anlageinvestitionen wurden radikal gekürzt. Eine Strukturpolitik durch gezielte Investitionsförderung ist zwar vorhanden, die angebotenen Anreize sind aber vermutlich im Vergleich zu den Standortkonkurrenten wie zum Beispiel der Slowakei zu gering. Während also beispielsweise in der Slowakei fast 40% aller ausländischen Direktinvestitionen in der exportorientierten Industrie getätigt worden sind, war es in Kroatien nicht einmal ein Viertel. Das Gros

der Direktinvestitionen in Kroatien hat sich auf Sektoren konzentriert, die auf den kroatischen Markt fokussieren – also insbesondere Finanz- und Versicherungswesen, Handel und Telekommunikation.

Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen sollten auf nationaler Ebene getroffen werden, um mehr Investitionen im Land zu ermöglichen und damit Wirtschaftswachstum und Beschäftigung anzuheben?²⁸ Generell sollten öffentliche Investitionen in die Transportinfrastruktur gesteigert werden, mit dem Ziel, die Kosten der heimischen Produktion zu senken und eine Industrialisierung breiter Sektoren der Wirtschaft wahrscheinlicher zu machen. Kroatien hat bereits substantiell in den Autobahnausbau investiert und sollte nun auch größere Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur unternehmen. Neben einer verstärkten Förderung von ausländischen Direktinvestitionen, wie etwa mit Hilfe von ansiedlungsunterstützenden, maßgeschneiderten Infrastrukturösungen, wäre auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik, beispielsweise mit Einstellungsbeihilfen insbesondere für Jugendliche, eine Möglichkeit, die hohe Arbeitslosigkeit zu senken. Ebenso sollte die Entwicklung eines dualen Ausbildungssystems vorangetrieben werden. Neben all diesen kostspieligen Maßnahmen wie einer aktiveren Industriepolitik und verstärkten Exportförderung wäre eine sozialpartnerschaftliche Lohnpolitik mit dem Ziel von Vollbeschäftigungswachstum bei niedriger Inflationsquote eine weitere wichtige Begleitmaßnahme.

Als Alternative zu einer nominellen Abwertung, welche aufgrund des fixen Wechselkurses, der hohen Auslandsverschuldung und des hohen Grades der Euroisierung nicht mehr als wirtschaftspolitisches Instrument zur Exportstimulierung zur Verfügung steht, bietet sich eine fiskalische Abwertung²⁹ an. Dabei können auf der einen Seite entweder der Standardsatz der Mehrwertsteuer erhöht werden oder erhöhte Sätze für bestimmte Warengruppen eingeführt werden. Auf der anderen Seite können Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung reduziert werden. Erstere Maßnahmen haben zollähnliche Effekte, letztere können mit Subventionen verglichen werden. Das Ganze sollte zumindest kurzfristig zu einer Erhöhung der Nettoexporte und mehr Wachstum führen und gleichzeitig budgetneutral wirken. Potentiell regressiven Verteilungswirkungen muss hierbei entgegengewirkt werden. So können statt der Erhöhung von Konsumsteuern auch zusätzliche Grundsteuern oder Körperschaftssteuern eingeführt werden.³⁰ Auch die oben erwähnte Einkommenspolitik auf sozialpartnerschaftlicher Basis hätte das Potential, die kroatische Wirtschaft langfristig wettbewerbsfähig zu halten.

²⁸ Die folgenden und weitere Politikempfehlungen können im Detail Gabrisch et al. (2015) entnommen werden.

²⁹ Mehr dazu bei Vuksic und Holzner (2016).

³⁰ Siehe beispielsweise De Mooij und Keen (2013) oder Keen and Syed (2006).

7. Wirtschaftspolitische Maßnahmen im EU-Kontext

Im neuen EU-Förderprogramm (2014-2020) stehen Kroatien 10,74 Mrd. EUR (ohne nationalen Beitrag) zur Verfügung, davon entfällt der größte Anteil (40%) auf den Fonds für regionale Entwicklung, gefolgt vom Kohäsionsfonds (24%), dem Landwirtschaftsfonds (19%) und dem Europäischen Sozialfonds (14%). Der Rest entfällt auf den Meeres- und Fischereifonds und die Jugendbeschäftigungsinitiative. Hauptprioritäten sind:³¹

- › Stimulierung von Forschung, Entwicklung und Innovation
- › Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Jugendlichen, niedrig Qualifizierten, älteren ArbeitnehmerInnen und Frauen
- › Verbesserung der Qualität und Effizienz von Ausbildung und Training
- › Infrastrukturinvestitionen, die das Wirtschaftswachstum fördern, inklusive der Entwicklung der wichtigsten Transeuropäischen Netzwerke (TEN-T)
- › Ausweitung der geographischen Breitband-Netzabdeckung
- › Verbesserung von Wasserversorgung und Abwassermanagement; Investition in erneuerbare Energie
- › Förderung sozialer Inklusion, Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung; Erleichterung des Zugangs zu leistbarer und hochqualitativer Gesundheitsversorgung und sozialen Diensten; Förderung sozialen Unternehmertums
- › Unterstützung für die Reform der öffentlichen Verwaltung
- › Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der kroatischen Lebensmittelproduktion, Aquakultur und Fischerei

Die hier genannten Schwerpunkte sind allesamt sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung als auch die Armutsbekämpfung und den Arbeitsmarkt relevant. Es wäre allerdings überlegenswert, sich auf einige wenige zu konzentrieren und diese auch konsequent umzusetzen.

In Kroatien ist die Inanspruchnahme von EU-Fördermitteln verglichen mit dem EU-Durchschnitt noch relativ gering, hat aber in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, von 37,7% im Jahr 2014 auf 57,2% im Jahr 2015 (KPMG, 2016). Laut Premierminister Andrej Plenković fehlen allerdings die entsprechenden administrativen Kapazitäten im Bereich des Strukturfondsmanagements und der Kontrolle auf nationaler und regionaler Ebene, um die Absorption von EU-Geldern zu beschleunigen. Dementsprechend soll Personal für Ausschreibungsverfahren und Projektvorbereitung rekrutiert und

³¹ http://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/factsheets/2016/european-structural-and-investment-funds-country-factsheet-croatia

ausgebildet werden.³² Laut KPMG (2016) besteht auch eine hohe Fluktuation an qualifiziertem Personal für die Verwaltung der EU-Fördermittel. Abgesehen davon fehlt es auch an der Entwicklungsfähigkeit förderbarer Projekte. Dabei ist vermutlich auch die regionale Zersplitterung³³ der subnationalen staatlichen Ebene auf die viele, verhältnismäßig kleine Gespanschaften nicht von Vorteil. Größere Einheiten hätten das Potential, förderbare Projekte effizienter zu entwickeln und damit Kroatiens Absorptionsfähigkeit von EU-Mitteln deutlich zu steigern.

Eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte, das in der aktuellen Förderperiode realisiert werden soll, ist die Errichtung der Pelješac-Brücke, die die Gespanschaft Dubrovnik-Neretva mit dem kroatischen Kernland verbindet. Hierzu wurden im Juni 2017 357 Mio. EUR aus dem Kohäsionsfonds zur Verfügung gestellt, womit 85% der Baukosten abgedeckt werden sollen. Hinzu kommen begleitende Infrastrukturmaßnahmen, wie Zufahrtstraßen und Tunnels. Der potentielle Nutzen der EU Förderungen ist also enorm. Dementsprechend erscheint die Steigerung der Absorptionsfähigkeit von EU Fördermitteln als besonders wichtig. Vergleichbare EU-Mitgliedsländer im Baltikum erreichen EU-Transfer-Absorptionsraten von über 90%³⁴. Ähnliches muss auch Ziel für Kroatien sein. Darüber hinaus erscheint der EU-Austritt des Vereinigten Königreiches (Brexit) als bedeutender EU-Nettozahler sowie die damit in Verbindung stehenden Neuverhandlungen über das EU-Budget als Gefahr für die Netto-Empfängerländer, wie Kroatien eines ist.

Weitere Möglichkeiten über die Aktivitäten der Europäischen Union wirtschaftliche Impulse in Kroatien zu generieren wäre die Ansiedlung einer EU-Einrichtung, beispielsweise im Süden Kroatiens in einer der pittoresken Hafenstädte mit ganzjährig mildem Klima wie Split oder Dubrovnik. Diese könnte an der bestehenden Dienstleistungsindustrie (im Wesentlichen Tourismus) anknüpfen und beispielsweise Hotel- und Gastronomiekapazitäten ganzjährig nutzen. Zuletzt lief der Prozess für die Entscheidung zur Verlagerung der bisher im Vereinigten Königreich angesiedelten Europäischen Arzneimittel-Agentur und Bankenaufsichtsbehörde. Anmeldeschluss für die anderen EU-Staaten, um sich für den zukünftigen Sitz einer der Beiden Agenturen zu bewerben, war Ende Juli 2017. Dabei hat sich allerdings nur Zagreb für den Sitz der Arzneimittel-Agentur beworben. Alternativ wäre auch anzudenken, eine neue Gemeinsame Forschungsstelle/Joint Research Centre der Europäischen Kommission im kroatischen Süden anzusiedeln. So existiert noch keine Gemeinsame Forschungsstelle zu Migrationsfragen oder zu maritimen Themen. Auch wenn die Anstrengungen zur Schaffung eines „Maritimen Airbus“-Konzerns gerade einen Rückschlag erhalten haben³⁵, wäre es für die kroatische Schiffbauindustrie wichtig, auch in den Hochtechnologiebereich der Branche in Europa mit eingebunden zu sein. Einen Standort eines solchen – noch zu schaffenden Konzerns – in Kroatien zu beheimaten wäre ein wichtiges strategisches Ziel.

³² <https://vlada.gov.hr/glavni-izbornik-14951/news/pm-plenkovic-absorption-of-eur-10-67-mn-is-our-obligation-and-challenge/20537>

³³ Siehe auch die Empfehlung des Rates vom 11. Juli 2017 zum nationalen Reformprogramm Kroatiens 2017 mit einer Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Kroatiens 2017 (2017/C 261/10)

³⁴ Siehe beispielsweise Adarov et al. (2015) für einen Überblick der Absorptionsraten.

³⁵ <https://www.defensenews.com/global/europe/2017/07/27/france-nationalizing-shipyard-amid-italian-takeover-interest/>

Weitere Maßnahmen auf EU-Ebene, die zu einer Verbesserung der Wirtschaftsaussichten für die kroatische Bevölkerung führen könnten, wären ein rascher Eintritt in den Schengenraum und in die Eurozone. Beides würde den Tourismus als wichtigsten Wirtschaftszweig des Landes unterstützen. Letzteres wäre auch für die Stabilität des kroatischen Bankensektors von großer Bedeutung. Da, wie oben ausgeführt, die Vorteile einer eigenständigen Geldpolitik in Kroatien nicht genutzt werden können, sollte die Fiskalpolitik stärker akzentuiert werden. Dabei wäre eine Änderung des fiskalischen Regelwerks auf europäischer Ebene nützlich, um den besonders krisengeschüttelten Ländern höhere Defizit-Referenzwerte zu erlauben. Auch die Einführung der „Goldenen Investitionsregel“, welche die Finanzierung öffentlicher Netto-Investitionen mittels Budgetdefiziten erlaubt, wäre überlegenswert.

8. Exkurs: Kroatische StaatsbürgerInnen in Bosnien und Herzegowina

Der EU-Beitritt Kroatiens wird häufig mit Personen, die über eine Doppelstaatsbürgerschaft in Bosnien und Herzegowina verfügen, in Hinblick auf den freien Zugang zu den EU-Arbeitsmärkten in Verbindung gebracht. Dabei handelt es sich größtenteils um ethnische KroatInnen mit bosnischer und kroatischer Staatsbürgerschaft. Angaben über die Größenordnung dieser Gruppe sind eher vage und variieren. Bosnien und Herzegowina hat 2011 eine Vereinbarung über die doppelte Staatsbürgerschaft mit Kroatien ratifiziert,³⁶ wovon etwa 800.000 De-facto-DoppelstaatsbürgerInnen betroffen waren, die meisten davon ethnische KroatInnen. Sarajlic (2010) gibt hingegen die Zahl jener bosnischen StaatsbürgerInnen, die auch einen kroatischen Pass besitzen, mit 500.000 an. Gründe für die Doppelstaatsbürgerschaft waren/sind neben den staatsbürgerlichen Rechten in Kroatien (Wahlrecht bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt, sozialen Begünstigungen) auch Rechte, die in Zusammenhang mit den Beziehungen zur EU stehen. Dazu gehören unter anderem die Befreiung kroatischer StaatsbürgerInnen von der Visapflicht für den Schengenraum vor dem EU-Beitritt sowie die Inanspruchnahme der Rechte von EU-BürgerInnen nach dem Beitritt Kroatiens, wie unter anderem der freie Zugang zum Arbeitsmarkt in den meisten EU-Ländern.

Bosnien und Herzegowina zählt zu den ärmsten Ländern Europas. Das BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten macht nur etwas mehr als die Hälfte des kroatischen Niveaus aus. Das Land befindet sich in einer institutionellen Sackgasse. Der Zentralstaat ist schwach und wird regelmäßig von der serbischen Entität in Frage gestellt. Das fragile Staatskonstrukt bestehend aus einer Gesamtstaatsebene, zwei Entitäten (eine davon in Kantone untergliedert) und einem Sonderverwaltungsgebiet (Distrikt Brčko), welches bei den Friedensverhandlungen von Dayton geschaffen worden ist, die halfen, den Krieg zu beenden. Da das Land aber nach ethnischen Kriterien aufgebaut ist, funktioniert es nicht als moderne Demokratie. Sachfragen können kaum gelöst werden. Ein abgestimmter Plan zur wirtschaftlichen Entwicklung ist nicht erkennbar. Der Bau von Infrastrukturnetzwerken über kantonale und Entitäts-Grenzen hinweg ist äußerst kompliziert. Auch wenn es niemand öffentlich ausspricht, so ist es dennoch allgemein anerkannt, dass das Dayton-Abkommen revidiert und eine neue Verfassung (eventuell nach Schweizer Vorbild) ausgearbeitet werden muss. Alle Maßnahmen mit dem Ziel, Bosnien und Herzegowina institutionell und wirtschaftlich zu stabilisieren, helfen auch Kroatien. Fast die Hälfte der rund 2.200 Kilometer langen kroatischen Landesgrenze entfällt auf den Grenzabschnitt zu Bosnien und Herzegowina.

³⁶ <http://eudo-citizenship.eu/news/citizenship-news/519-bosnia-herzegovina-dual-citizenship-croatia>

9. Zusammenfassung und Einschätzung möglicher österreichischer Beiträge

Die Volkswirtschaft Kroatiens hat noch einen großen Aufholbedarf. Das BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten erreicht nicht einmal die Hälfte der österreichischen Wirtschaftsleistung. Ein überbewerteter realer Wechselkurs führte zu hohen Leistungsbilanzdefiziten in der Periode vor dem Ausbruch der globalen Finanzkrise. Diese ließen sich anschließend nicht mehr finanzieren, und erst ein schmerzhafter Prozess der realen Abwertung (bei nominell fixem Wechselkurs) in einer sechs Jahre anhaltenden Rezession hat das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wiederhergestellt. Der Preis war Reallohnverlust und Massenarbeitslosigkeit. Zuletzt sank allerdings die Arbeitslosigkeit wieder, insbesondere auch durch Abwanderung von Arbeitskräften in das EU-Ausland. Dies ist seit dem EU-Beitritt 2013 verstärkt möglich. In einigen Ländern – darunter auch Österreich – bleiben Arbeitsmarktbeschränkungen vermutlich noch bis 2020 bestehen. Unter anderem durch die stete Abwanderung hat Kroatien eine stark alternde Bevölkerung. Eine langfristige Absicherung der Sozialsysteme erfordert daher eine Trendumkehr. Um die wirtschaftliche Basis dafür zu schaffen, benötigt Kroatien die Unterstützung und Solidarität der Partnerstaaten innerhalb der Europäischen Union – so auch jene Österreichs.

Kroatiens wirtschaftspolitischer Handlungsspielraum ist stark eingeschränkt. Der Wechselkurs ist fix an den Euro gekoppelt. Extreme Euroisierung und hohe Auslandsverschuldung lassen daher keine Abwertungen zu, um die Exporttätigkeit zu stimulieren und verstärkt ausländische Direktinvestitionen in das Land zu locken. Alternativen zu einer nominellen Abwertung beinhalten (budgetneutrale) fiskalische Abwertungen sowie eine Einkommenspolitik, die sich an der Entwicklung von Produktivität und Inflation orientiert. Leider ist das kroatische Tarifverhandlungssystem dezentralisiert und unkoordiniert. Österreich könnte hier institutionelle Hilfestellung leisten und das System der Sozialpartnerschaft und dessen makroökonomische Vorteile propagieren.

Krisenbedingt und aufgrund des starren Fiskalregelwerks der EU sind die kroatischen Staatsfinanzen nicht in der Lage, bedeutende Investitionen in die Infrastruktur oder hohe Investitionsförderungen für Investoren aus dem Ausland alleine zu erbringen. Zum einen könnte eine Änderung im EU-Regelwerk dem Land einen größeren fiskalpolitischen Spielraum, insbesondere bei zukunftssträchtigen Investitionen beispielsweise durch die Einführung der „Goldenen Investitionsregel“, gewähren. Zum anderen braucht es eine verstärkte Unterstützung aus den Europäischen Fördertöpfen. Hier muss die Absorptionsfähigkeit der EU-Fördermittel gesteigert werden, und außerdem darf Kroatien bei den anstehenden Neuverhandlungen zum EU-Budget nicht ein Opfer des Brexit werden. Österreich könnte bei beiden Themen Kroatien unterstützen: institutionelle Unterstützung beim Heben der Absorptionsfähigkeit sowie bei der Projektentwicklung und politische Unterstützung insbesondere der drei ärmsten EU-Mitgliedstaaten (Bulgarien, Rumänien und Kroatien) bei den EU-Budgetverhandlungen. Während gerade bei den Investitionen in die Schieneninfrastruktur in Kroatien noch großer Nachholbedarf besteht, gibt es Möglichkeiten, die Qualität dieser Infrastruktur auch ohne nennenswerte Geldmittel zu verbessern. So hat sich beispielsweise die Zugverbindung zwischen Wien und Zagreb über die letzten Jahrzehnte sukzessive verschlechtert. Es gibt kaum mehr Direktzüge, und selbst diese

benötigen fast sieben Stunden für die rund 450 Eisenbahnkilometer (bei einer Luftlinie von 270 Kilometern und einer Autobahntfernung von 370 Kilometern). Die um fast 60 Kilometer längere Strecke von Wien nach Innsbruck kann in 4,5 Stunden geschafft werden. Hier gibt es organisatorisches Verbesserungspotential, bei dem Österreich aktiv behilflich sein kann.

Der auf Sommertourismus fokussierte Süden Kroatiens entlang der adriatischen Küste benötigt Investitionen in höherwertige Dienstleistungen, um die Tourismussaison entscheidend zu verlängern und die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen. Österreich könnte sich dafür einsetzen, dass eine neu zu schaffende Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission im Süden Kroatiens eingerichtet wird. Dies könnte zu einem ganzjährigen Konferenztourismus führen. Außerdem wäre im Rahmen eines zukünftigen „Maritimen Airbus“-Konzerns ein Einbinden der kroatischen Schiffswerften in höhere Wertschöpfungsbereiche anzudenken. Weitere, auch für den Tourismus wichtige Maßnahmen auf EU-Ebene, bei denen Österreich Kroatien unterstützen könnte, wären ein schneller Beitritt zum Schengenraum und zur Eurozone.

Die Hälfte der kroatischen Landesgrenze – insbesondere im strukturschwachen Süden und Osten des Landes – wird mit Bosnien und Herzegowina geteilt. Das Land zählt zu den ärmsten in Europa und ist institutionell instabil. Darüber hinaus drängen bosnische und herzegowinische KroatInnen mit doppelter Staatsbürgerschaft auch auf den kroatischen Arbeitsmarkt. Alles, was die Lage in Bosnien und darüber hinaus am gesamten Westbalkan verbessern könnte, wäre auch für Kroatien von großem Vorteil. Österreich könnte sich international dafür einsetzen, die Verfassung Bosniens und Herzegowinas zu modernisieren und das Land funktionsfähig und eigenverantwortlich zu machen. Außerdem könnte Österreich verstärkt als Advokat für die Beitrittsinteressen aller Westbalkanländer eintreten und diese auch im Rahmen des sogenannten Berlin-Prozesses und bei den EU-Vorbeitrittshilfen noch stärker unterstützen. Zu überlegen wären auch Interimslösungen wie zum Beispiel Teilbeitritte dieser Länder in ausgewählten Bereichen des EU-Acquis.

Davon könnte auch der Osten Kroatiens profitieren, der größtenteils agrarisch geprägt ist und nur wenige größere Industriebetriebe aufzuweisen hat. Eine Erhöhung der Produktivität in Land- und Forstwirtschaft und ein gleichzeitiges Aufbauen nachgelagerter Industrieproduktion würde dieser ärmsten Region Kroatiens große Hilfe leisten. Österreich hat lange Erfahrungen in der Förderung des ländlichen Raumes und bei der genossenschaftlichen Organisation des Landwirtschaftssektors. Hier könnte es zu verstärkten Kooperationen und Wissenstransfers kommen.

Der Norden Kroatiens hat eine stärkere industrielle Basis. Diese ist jedoch zu einem guten Teil veraltet und im Bereich niedriger bis mittlerer Technologie angesiedelt. Diese kroatische Kernregion, die fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung beherbergt, benötigt ausländische Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie und die damit einhergehende Einbindung in technologisch höherwertige internationale Wertschöpfungsketten. Einige innovative Firmen im Bereich der E-Mobilität in und um die kroatische Hauptstadt Zagreb könnten ein möglicher Anknüpfungspunkt sein. Der steirische Automobilcluster befindet sich in nächster Nähe zu Nordkroatien. Österreich könnte danach streben, diesen Automobilcluster über die Grenzen hinweg bis in den Norden Kroatiens zu erweitern, um mögliche gemeinsame Interessen zu verfolgen und damit wichtige Aufbauarbeit bei der Einbindung kroatischer Industrieunternehmen in die internationalen Wertschöpfungsketten zu leisten.

Ganz allgemein wäre eine stärkere Vernetzung der österreichischen und kroatischen (Real-)Wirtschaft erstrebenswert. Die bisherigen österreichischen Direktinvestitionen in Kroatien waren stark auf den Banken-, Versicherungs- und Handelsbereich konzentriert. Ein Mehr an Kapital- und Technologietransfer in der verarbeitenden Industrie könnte in beiderseitigem Interesse sein. In diesem Sinne wäre es sehr hilfreich, wenn die Spitzen der österreichischen Politik mit Delegationen von Wirtschaftstreibenden vor Ort Kontakte knüpfen und konkrete Investitionen vorbereiten könnten. Darüber hinaus gäbe es auch Handlungsbedarf in einigen aktuell delikaten Firmenangelegenheiten. Aus kroatischer budgetärer Sicht könnte es wünschenswert sein, wenn österreichische Firmen verstärkt dazu animiert würden, bei den anstehenden Privatisierungen der Einzelteile des maroden Nahrungsmittel- und Einzelhandels-Konzerns Agrokor mitzubieten. Agrokor ist das größte Unternehmen Kroatiens. Weiters gibt es einen schwelenden Konflikt zwischen der kroatischen Regierung, dem ungarischen Ölkonzern MOL und der Europäischen Kommission rund um Kroatiens zweitgrößtes Unternehmen – den Mineralöl- und Gas-Konzern INA. Der kroatische Staat und MOL sind Miteigentümer im Unternehmen und blockieren sich gegenseitig. Aufgrund der kroatischen Gesetzeslage im Fall INA hat sich auch die Europäische Kommission eingeschaltet. Österreich könnte eine vermittelnde Rolle einnehmen und unter Umständen auch die OMV als Partner ins Spiel bringen.

Darüber hinaus gibt es für Österreich auch noch eine Reihe weiterer Möglichkeiten, als Vermittler in Kroatien dazu beizutragen, das politische System zu stabilisieren und damit den Menschen im Land eine bessere Zukunftsperspektive zu geben. In den Grenzgebieten zu Bosnien und Herzegowina sowie Serbien sind die Folgen des Krieges aus den 1990er-Jahren noch deutlich zu spüren. Einerseits könnte Österreich bei der Minenräumung helfen, die nur schleppend vorankommt, andererseits könnte Österreich mit seiner vielfältigen Erfahrung in Minderheitenfragen (Kärnten, Burgenland, Südtirol) als Mediator aktiv werden und sich beispielsweise bei den Ortstafelstreitigkeiten mit der serbischen Minderheit in Ostkroatien einbringen.

Literaturhinweise

Adarov, A., V. Astrov, S. Çiçek, R. Dobrinsky, V. Gligorov, D. Hanzl-Weiss, P. Havlik, M. Holzner, G. Hunya, S. Leitner, I. Mara, O. Pindyuk, L. Podkaminer, S. Richter, R. Stehrer und H. Vidovic (2015), „Mixed Prospects: Consumption Leads Fragile Recovery in the CESEE Core – CIS Stumbles“, *wiiw Forecast Report Autumn 2015*.

Bundesagentur für Arbeit (2017), „Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt“, *Berichte: Arbeitsmarkt kompakt*, Nürnberg, Juni.

Corbanese, V. (2011), „Supporting Strategies to Recover from the Crisis in Croatia, the Former Yugoslav Republic of Macedonia and Serbia: Cross-Country Report“, *ILO Working Paper*, International Labour Organization, Genf.

De Mooij, R. und M. Keen (2013), „Fiscal devaluation‘ and fiscal consolidation: the VAT in troubled times“, in: A. Alesina und F. Giavazzi (Hrsg.), *Fiscal Policy After the Financial Crisis*, S. 443-493.

Dzankic, J. (2015), *Citizenship in Bosnia and Herzegovina, Macedonia and Montenegro: Effects of Statehood and Identity Challenges*, Southeast European Studies, Routledge.

Europäische Kommission (2015a), „Industrial Relations in Europe 2014“, Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration, Brüssel.

Europäische Kommission (2015b), „Unemployment benefits with a focus on making work pay“, European Semester thematic fiche, Brüssel, 26.11.2015.

Europäische Kommission (2017), „Empfehlung für eine EMPFEHLUNG DES RATES zum nationalen Reformprogramm Kroatiens 2017 mit einer Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Kroatiens 2017“, COM(2017) 510 final, Brüssel, 22.05.2017.

Gabrish, H., D. Hanzl-Weiss, M. Holzner, M. Landesmann, J. Pöschl und H. Vidovic (2015), „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in der Balkanregion – Möglichkeiten und Grenzen“, *wiiw-Forschungsbericht*, Nr. 3.

Grübler, J. (2017), „Wirtschaftliche Konvergenz trotz politischer Unsicherheit. Wirtschaftsanalyse und Ausblick für Mittel-, Ost- und Südosteuropa und dessen Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich“, *wiiw-Forschungsbericht*, Nr. 7.

Keen, M. und M. Syed (2006), „Domestic Taxes and International Trade: Some Evidence“, *IMF Working Paper*, Nr. 06/47.

KPMG (2016), „EU Funds in Central and Eastern Europe. Progress Report 2007-2015“, KPMG Central and Eastern Europe.

Orsini, K. und V. Ostojic (2015), „Wage dynamics in Croatia: leaders and followers“, *European Economy Economic Briefs*, Nr. 3, Europäische Kommission, Oktober.

Regierung der Republik Kroatien (2016), „Program vlade Republike Hrvatske za mandat 2016.-2020“, Zagreb.

Sarajlic, E. (2010), „Country Report: Bosnia and Herzegovina“, EUDO Citizenship Observatory, Robert Schuman Centre for Advanced Studies in Zusammenarbeit mit Edinburgh University Law School, Fiesole, Juni.

Stubbs, P. und S. Zrinscak (2017), „Policy vacuum in the face of a new wave of emigration from Croatia“, *ESPN Flash Report 2017/50*, Europäische Kommission, Brüssel, Juli.

Vidovic, H. und I. Mara (2015), „Free Movement of Workers, Transitional Arrangements and Potential Mobility from Croatia“, *wiiw Research Report*, Nr. 402.

Visser, J. (2016), ICTWSS: Database on Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Intervention and Social Pacts in 51 countries between 1960 and 2014, Version 5.1, Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies (AIAS), University of Amsterdam, September.

Vuksic, G. und M. Holzner (2016), „Trade and fiscal imbalances in Southeastern Europe: Can fiscal devaluation help?“, *Economic Systems*, Bd. 40, Nr. 4, S. 568-581.

Wieser, A. (2015), „Gewerkschaftliche und betriebliche Mitbestimmung in Kroatien – Zur Transformation der Arbeitsbeziehungen nach dem Ende der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung“, Dissertation, Universität Wien.

WKO (2017), „Außenwirtschaft: Update Kroatien“, Zagreb, Mai.

Zuparic-Iljic, D. (2016), „Emigration from the Republic of Croatia after the Accession to the European Union“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Zagreb.

SHORT LIST OF THE MOST RECENT WIIW PUBLICATIONS

(AS OF MARCH 2018)

For current updates and summaries see also wiiw's website at www.wiiw.ac.at

WIRTSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN FÜR KROATIEN - EINE ANALYSE DER KROATISCHEN WIRTSCHAFT UND ABGELEITETE POLITIKEMPFEHLUNGEN AUF NATIONALER UND EU-EBENE

by Mario Holzner und Hermine Vidovic

wiiw-Forschungsberichte / wiiw Research Reports in German language, No. 9, March 2018

37 pages including 4 Tables 10 Figures and 2 Boxes

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

WIIW MONTHLY REPORT 2018/02

ed. by Vasily Astrov and Sándor Richter

- › Graph of the month: Share of working-age migrants in total working-age population, in %, 2016
- › Opinion Corner: Why does the computer bug Spectre also reveal major economic bugs?
- › 'Competition for talent': high-skilled intra- and extra-EU 28 mobility
- › Immigration and Brexit
- › Massive youth unemployment in the Western Balkans: Do remittances matter?
- › The editors recommend for further reading
- › Monthly and quarterly statistics for Central, East and Southeast Europe
- › Index of subjects – February 2017 to February 2018

wiiw Monthly Report, No. 2, February 2018

52 pages including 4 Tables and 32 Figures

exclusively for wiiw Members

WIIW MONTHLY REPORT 2018/01

ed. by Vasily Astrov and Sándor Richter

- › Graph of the month: Real GDP growth rate in the Czech Republic and Slovakia, 1989-2017
- › Opinion Corner: Is the separation of Czechoslovakia a success story?
- › Two states that are no more
- › Catching-up process: 25 years since the 'Velvet Divorce'
- › Twenty-five years of structural change
- › The editors recommend for further reading
- › Monthly and quarterly statistics for Central, East and Southeast Europe
- › Index of subjects – January 2017 to January 2018

wiiw Monthly Report, No. 1, January 2018
46 pages including 1 Tables and 30 Figures
exclusively for wiiw Members

ONLINE ANNEX - ECONOMIC CHALLENGES OF LAGGING REGIONS: ANNEX II - ECONOMETRIC ANALYSIS AND SUPPLEMENTAL TABLES

by Roman Römisch (coordinator), Stefan Jestl

wiiw Research Reports, No. 426, December 2017
49 pages including 41 Tables and 12 Figures
PDF only: free download from wiiw's website

ONLINE ANNEX - ECONOMIC CHALLENGES OF LAGGING REGIONS: ANNEX I - COUNTRY CASE STUDIES

by Roman Römisch (wiiw, coordinator), Adam Brown (Cambridge Econometrics), Ben Gardiner (Cambridge Econometrics), and Jonathan Stenning (Cambridge Econometrics)

wiiw Research Reports, No. 425, December 2017
129 pages including 3 Tables and 168 Figures
PDF only: free download from wiiw's website

ECONOMIC CHALLENGES OF LAGGING REGIONS IV: CASE STUDIES

by Roman Römisch (wiiw, coordinator), Ruggero Fornoni (Applica sprl.), Ben Gardiner (Cambridge Econometrics), Lydia Greunz (Applica sprl.), Nirina Rabemiafara (Applica sprl.), Jonathan Stenning (Cambridge Econometrics) and Terry Ward (Applica sprl.)

wiiw Research Reports, No. 424, December 2017
95 pages including 23 Tables and 74 Figures
hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

ECONOMIC CHALLENGES OF LAGGING REGIONS III: RECENT INVESTMENT TRENDS AND NEEDS

by Roman Römisch (coordinator), Stefan Jestl

wiiw Research Reports, No. 423, December 2017
91 pages including 19 Tables and 49 Figures
hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

ECONOMIC CHALLENGES OF LAGGING REGIONS II: RECENT STRUCTURAL REFORMS, OUTSTANDING NEEDS AND GOVERNANCE ISSUES

by Roman Römisch (wiiw, coordinator), Ruggero Forni (Applica sprl.), Lydia Greunz (Applica sprl.), Nirina Rabemifara (Applica sprl.) and Terry Ward (Applica sprl.)

wiiw Research Reports, No. 422, December 2017

155 pages including 77 Tables and 81 Figures

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

ECONOMIC CHALLENGES OF LAGGING REGIONS I: FISCAL AND MACROECONOMIC ENVIRONMENT

by Roman Römisch (wiiw, coordinator), Adam Brown (Cambridge Econometrics), Ben Gardiner (Cambridge Econometrics), Jonathan Stenning (Cambridge Econometrics)

wiiw Research Reports, No. 421, December 2017

73 pages including 9 Tables and 62 Figures

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

FINANCIAL CYCLES IN CREDIT, HOUSING AND CAPITAL MARKETS: EVIDENCE FROM SYSTEMIC ECONOMIES

by Amat Adarov

wiiw Working Papers, No. 140, December 2017

81 pages including 14 Tables and 31 Figures

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

TRADE IN SERVICES VERSUS TRADE IN MANUFACTURES: THE RELATION BETWEEN THE ROLE OF TACIT KNOWLEDGE, THE SCOPE FOR CATCH-UP, AND INCOME ELASTICITY

by Eddy Bekkers, Michael Landesmann and Indre Macskasi

wiiw Working Papers, No. 139, December 2017

63 pages including 38 Tables and 10 Figures

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

IMPRESSUM

Herausgeber, Verleger, Eigentümer und Hersteller:

Verein „Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche“ (wiiw),
Wien 6, Rahlgasse 3

ZVR-Zahl: 329995655

Postanschrift: A 1060 Wien, Rahlgasse 3, Tel: [+431] 533 66 10, Telefax: [+431] 533 66 10 50
Internet Homepage: www.wiiw.ac.at

Nachdruck nur auszugsweise und mit genauer Quellenangabe gestattet.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger): Verein "Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche", A 1060 Wien, Rahlgasse 3. Vereinszweck: Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung der zentral- und osteuropäischen Länder sowie anderer Transformationswirtschaften sowohl mittels empirischer als auch theoretischer Studien und ihre Veröffentlichung; Erbringung von Beratungsleistungen für Regierungs- und Verwaltungsstellen, Firmen und Institutionen.



wiiw.ac.at